

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 299 · 26. JAHRGANG · AUSGABE 1/2020 VOM 21. JANUAR 2020 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Zur Planfeststellung:
Alternativen sind möglich**
Bürgerinitiative »Gegen die B167neu«

6 | **Der »verhaßte«
Bonhoeffer**
Geschichtsklitterung im Heimatblatt

13 | **Bessere ÖPNV-Versorgung
in Schorfheide**
Freie Wähler machen Vorschläge

Ideen für ein friedliches Miteinander

Foto: GERO ALTSMANN, PIXABAY

Es gibt keinen Weg zum Frieden, denn Frieden ist der Weg (MAHATMA GANDHI)

Frieden stellt sich nicht überraschend ein, sondern will gelebt werden. Zur Erinnerung: Am 21. April 1945 endete der 2. Weltkrieg in Bernau. Er hinterließ Not und Elend, verzweifelte Menschen, die noch einmal davongekommen waren. Angst vor der Zukunft, aber auch Hoffnung.

Bernau ... ist jene Stadt, in der die Nazi-Schergen den Anlaß zum feigen Überfall auf Polen austüftelten und mit dem Vorfall in Gleiwitz in Szene setzten. Unser Weltkulturerbe, die Gebäude der Bundesschule des ADGB, waren zur SS-Führerschule umfunktioniert und Tatort für das Verbrechen an der Menschheit. Die Römer hatten als politisches Credo formuliert »Wenn du Frieden willst, rüste zum Krieg«. Das paßte in ihr Weltbild, ist aber untauglich für Politik in der heutigen globalisierten Welt.

Wer Frieden will, muß den Frieden gestalten.

Wettrüsten, atomare Bedrohung, die Sicherung angeblicher deutscher Interessen durch immer mehr Einsätze der Bundeswehr in den Krisengebieten der Welt sind dafür kontraproduktiv.

Deutschland ist erstmalig in seiner bisherigen Existenz nur von Freunden umgeben. Es wird durch keinen Staat bedroht oder in seiner Existenz eingeschränkt.

Der Ruf nach der Erhöhung von Rüstungsausgaben und größerem militärischen Engagement in aller Welt muß deshalb zutiefst beunruhigen.

Wir sind gebrannte Kinder und können nicht zusehen, wie unsere Welt immer unsicherer wird und zum atomaren Abgrund taumelt.

– Wir wollen Frieden und Freundschaft mit allen Völkern der Welt.

– Wir fordern eine aktive Friedenspolitik aller Regierungen, in Sonderheit der eigenen.

– Wir brauchen keine Atomwaffen in Deutschland und wollen den Abzug oder besser noch deren Vernichtung.

– Wir fordern das Einfrieren der Ausgaben für alles Militärische.

Wir unterstützen jede Initiative, die unsere Welt dem Frieden näherbringt und hoffen auf breite Zustimmung.

*Die Teilnehmer der Jahresversammlung des Urania Barnim e. V.
(www.urania-barnim.de/urania-frieden-mitgestalten)*

Zum Jubiläum

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, Sie halten die **Barnimer Bürgerpost** mit der **Nummer 299** in ihrer Hand. Wie immer entstand diese Ausgabe als gemeinsames Werk vieler Autoren, der Redaktion und der Verteiler. Tun Sie auch was Gutes und verbreiten Sie die Nachrichten. Dafür sind sie gemacht.

Die Nummer 300 soll aus gegebenem Anlaß den doppelten Umfang haben und bietet Raum sowohl für kritische Bemerkungen des bisherigen Werkes als auch für neue inhaltliche Ideen und zur Verbesserungen der Organisation.

Unser gemeinsames Werk der vergangenen 24 Jahre hat sich gelohnt. 299 Ausgaben der Barnimer Bürgerpost sind ein Kompendium der politischen und sozialen Entwicklung in unserem Wirkungsbereich aus subjektiver Sicht der Beteiligten und Betroffenen. Motivation war immer wieder die Verbreitung unserer eigenen Wahrnehmungen der Dinge und Geschehnisse, die sich oft in der sonst veröffentlichten Meinung nicht wiederfinden. Auf diese Weise gelang auch der Blick auf Entwicklungen und Probleme, die scheinbar am Rande stehen und wenig Aufmerksamkeit finden, schwierig zu fassen sind, verdrängt werden oder vergessen schienen.

Jawohl, wir wollen weitermachen. Wir wollen an der gedruckten Ausgabe festhalten und diese auch besser im Internet verfügbar machen. An kritischen Geistern, die ihre Gedanken ordnen können und wollen, mangelt es nicht, wie ein Blick auf die Autorenliste des vergangenen Jahres zeigt. Ihre Arbeit wird weiterhin gebraucht. Viele Menschen spüren zunehmend großes Unbehagen. Die kapitalistische wirtschaftliche Entwicklung stößt erkennbar an natürliche und gesellschaftliche Grenzen. Die europäische Integration stockt, träge, lähmende Bürokratie frißt sich in alle Lebensbereiche und erstickt viele Gedanken. Schon mehrfach gescheiterte Konzepte aus der nationalen Mottenkiste machen sich breit. Digitale, klimatische und vegane Ersatzreligionen greifen um sich. Mächtige Staaten zerstören gesellschaftliche Strukturen und wirtschaftliche Kapazitäten, wegen eigener Vorteile. Dem müssen wir etwas entgegen setzen! Tragfähige Konzepte für dieses reiche Land sind gefragt.

Mitunter hilft ein Blick in ältere Ausgaben. Vielleicht hat der eine oder die andere Lust und Kraft, Gedanken aus vergangenen Zeiten zusammenzufassen und aus heutiger Sicht zu bewerten? Auch dafür ist von Vorteil, wenn das Online-Archiv der Barnimer Bürgerpost für Recherchen leichter zugänglich wird. Für technische und organisatorische Arbeiten wie Korrektur, Redaktion, Bildbearbeitung, Archivierung und Verbreitung der gedruckten Ausgabe können wir Ihre Unterstützung gut gebrauchen. Bringen Sie Ihre Fähigkeiten ein. Machen Sie mit. Tragen Sie die vielen Ideen weiter. Denn soviel Zeit muß einfach sein.

Dr. MANFRED PFAFF, Vereinsvorsitzender

Keine Fürstenabfindungen

Volksinitiative »Keine Geschenke den Hohenzollern«

Seit dem vergangenen Sommer läuft in Brandenburg die Volksinitiative »Keine Geschenke den Hohenzollern«. Am 16. Januar 2020 debattierte der Deutsche Bundestag über einen Antrag der Linksfraktion, der die Verhandlungen der Bundesregierung mit dem Adelshaus stoppen soll.

Ein Ende der Verhandlungen des Bundes und der Länder mit dem Adelshaus Hohenzollern ist längst überfällig. Die inzwischen veröffentlichten Gutachten verschiedener Historiker zeigen in meinen Augen deutlich, wie umfanglich die Verstrickungen führender Vertreter der Familie Hohenzollern in das NS-Regime waren.

Schon aus dieser Sichtweise heraus scheiden jedwede Entschädigungsansprüche aus. Die

Maßlosigkeit der erhobenen Forderungen und das aggressive Vorgehen gegen Politik, Privatpersonen, Wissenschaft und Medien, die mißliebige Positionen in der öffentlichen Debatte äußern, zeigt, daß die Hohenzollern bis heute nicht verstanden haben, daß die Monarchie in Deutschland abgeschafft worden ist.

Wir lassen uns nicht einschüchtern und werden weiterhin klar fordern: Keine Geschenke den Hohenzollern!

Die Möglichkeit, die Volksinitiative zu unterzeichnen, besteht auch weiterhin in allen Geschäftsstellen und bei allen Veranstaltungen der LINKEN Brandenburg. Unter www.keine-hohenzollern-geschenke.de können Listen heruntergeladen werden.

ANJA MAYER

Unterschriftenlisten liegen dieser Ausgabe bei.

Ist die Entwicklung noch beeinflussbar?

BVB/Freie Wähler Wandlitz zu den Grundsätzen der gemeindlichen Planung

In der Gemeinde Wandlitz wurde in einem Leitbild festgeschrieben, daß in der Bautätigkeit ein Ausgleich zu finden ist zwischen der Wohnstandortentwicklung und dem Schutz des Ortsbildes und der vielfältigen Naturräume. Unsere Aufgabe ist es, das Wachstum nach diesem Leitbild zu steuern und dabei baulich, räumlich als auch sozial, ökologisch und ökonomisch gestalterische Impulse zu setzen.

Dies wird immer schwerer, wenn wir uns die Entscheidungen der Landesregierung im Rahmen der Landesentwicklung ansehen, daß die bisher gesetzten Grenzen für die Flächennutzung wesentlich erweitert wurden. Dabei wird völlig außer Acht gelassen, daß es immer mehr der Gemeinde überlassen bleibt, für die nötige Infrastruktur (Verkehr, Kitas, Schulen) Lösungen zu finden. Die Interessen sind sehr konträr. Es stellt sich die Frage, ob die Gemeinde diese Landesentwicklungsplanung hundertprozentig

mitmachen muß, ob sie sich dagegen ausspricht oder eben nur teilweise mitmacht.

Während Immobilienmakler, Projektentwickler, Grundstückseigentümer und Investoren auf möglichst rentable Bauten mit vielen Wohneinheiten pro Quadratmeter rechnen, damit sich ihre Investitionen auch lohnen, stößt auf der anderen Seite die Gemeinde an ihre Grenzen, was die weiteren Kita- und Schulbauten betrifft. Von den Verkehrsproblemen, die durch die immer mehr zunehmenden Pendler hervorgerufen werden, sowie den Anforderungen an die öffentliche Erschließung ganz zu schweigen.

Letztlich stehen die privaten Gewinne der Investoren den Kosten für die Infrastruktur bei der Allgemeinheit (Gemeinde) gegenüber, was eigentlich nicht hinnehmbar ist und zu neuen Entwicklungsansätzen führen muß.

MONIKA BRAUNE, Fraktionsvorsitzende

Anzeige

Nachruf Anneliese Wolf

geb. 09.03.1930 · gest. 14.01.2020

*Du siehst den Garten nicht mehr grünen,
in dem du einst so froh geschaffst,
siehst deine Blumen nicht mehr blühen,
weil der Tod dir nahm die Kraft.*



In tiefer Trauer nimmt die Regionalgruppe der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. Abschied von einer überzeugten Freundin unserer Organisation, die sich ihr Leben lang für die Freundschaft zur Sowjetunion eingesetzt hat.

Nach der Wende hat sie mitgeholfen, die Freundschaftsorganisation aufzubauen und mit Leben zu erfüllen. Anneliese Wolf hat sich voller Leidenschaft für den Erhalt des Freundschaftsgedankens eingesetzt. Die Regionalgruppe BFG e.V Eberswalde verliert in ihr einen überzeugten Freund der ehemaligen Sowjetunion, einen unermühtlichen Streiter für eine Welt des Friedens und einen aufrichtigen Menschen.

Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.

WALDEMAR HICKEL, Vorsitzender

Bürgerinitiative »Gegen die B 167 neu«:

Alternativen sind möglich

von Oskar Dietterle

Es ist unbestritten, daß es in Eberswalde und den Nachbarorten wie Finowfurt, Lichterfelde und Britz stellenweise erhebliche Verkehrsprobleme mit großen Belastungen durch Lärm und lange Fahrzeiten gibt. Eine wesentliche Ursache dieses Problems liegt im Bandstadtcharakter von Eberswalde, das durch die Eisenbahnlinie Berlin-Stralsund geschnitten wird, über die es derzeit nur eine leistungsfähige Querung gibt.

Über die Eisenbahnbrücke fahren mehr als 20.000 Kfz., ja sogar bis 30.000 Fahrzeuge pro Tag. Hinzu kommt noch eine größere Zahl an Lastkraftwagen. Der starke Verkehr beeinträchtigt die Lebensqualität in der Innenstadt, in Finow, aber auch in Lichterfelde oder Britz.

Daher gibt es schon seit Jahrzehnten Überlegungen, durch eine Entlastungsstraße für die Eberswalder Innenstadt die Situation zu verbessern. Klar ist, dies geht nicht ohne eine zweite Querung der Bahnlinie. Der Bahnübergang am Zoo eignet sich weniger, weil dies den Verkehr direkt am Krankenhaus vorbei führen würde. Aber bereits 1924 gab es Planungen, die Bahn im Bereich des jetzigen Leibnitz-Viertels entlang des Lichterfelder Wegs zu queren.

Nach 1990 entstanden auch die Pläne zum Blauen Netz, faktisch einem zweiten entfernten Ring um die Hauptstadt Berlin. Diese Planungen sahen auch für Eberswalde eine Ortsumgehung für den überregionalen Verkehr vor. Ziel dieser neuen Bundesstraße war und ist nicht die Entlastung der Eberswalder Bürger vom Verkehr, sondern eine Entlastung des überregionalen Verkehrs von Eberswalde. Hier kollidieren also zwei Konzepte.

Der Bund präferiert eine Schnellstraße, die tatsächlich Eberswalde umgeht, möglichst wenig Anschlußstellen hat und stadtfremd verläuft. Eberswalde braucht hingegen eine möglichst innenstadtnahe Entlastungsstraße, die die Wohngebiete und Gewerbegebiete verbindet und zweckmäßigerweise an die Autobahn Richtung Berlin anschließt. Eine Analyse der Verkehrsströme ergab, daß mehr als 90% des Verkehrs in Eberswalde Binnen-, Quell- oder Zielverkehr ist. Lediglich 6 bis 7% – oder in absoluten Zahlen weniger als 1.000 Fahrzeuge pro Tag – sind wirklich überregionaler Durchgangsverkehr. Daran hat sich nach meinem Kenntnisstand bis heute nichts geändert.

Für so wenige Fahrzeuge soll eine Bundesstraße für zig Millionen Euro errichtet werden. Zugleich fehlt beispielsweise in Ahrensfelde das Geld für die dringend nötige Entlastung.

Wie begründet der Bund die Notwendigkeit, die B167neu als »vordringlichen Bedarf« einzustufen? Er postuliert eine Zeitersparnis von 20 Minuten für täglich 8.000 Fahrzeuge bei der Nutzung der neuen Bundesstraße. Daraus errechnet er ein Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKV) von 10 und begründet damit den vordringlichen Bedarf. Das ist eine reine Mogelpackung, um es nicht drastischer zu formulieren. Denn diese Einsparung genießen nur jene

wenigen Fahrzeuge, die die gesamte Strecke von kurz Hohenfinow bis zur Kaiserwegbrücke nutzen! Weniger als 1.000 Kfz/24 h.

Alle übrigen Fahrzeuge, die meisten aus Eberswalde selbst, müssen erst Umwege (L200, Boldtstraße usw.) machen, um auf die Bundesstraße zu gelangen. Selbst wenn der zweite Bauabschnitt fertig ist – was nach Aussage der Eberswalder Baudezernentin Anne Fellner in absehbarer Zukunft nicht passieren wird –, wird kaum ein Kraftfahrer aus Richtung Freienwalde, der in die Eberswalder Innenstadt will, den beschwerlichen Umweg über die L200 in Nordend nehmen!

Realistische Schätzungen kommen daher auf ein Nutzen-Kosten-Verhältnis zwischen 1,7 und allerhöchstens 2,5.

ÖPNV-Netz ausbauen

Es gibt aber noch andere Gründe, die gegen dieses Straßenbauprojekt sprechen. In der BRD liegt der Anteil des Verkehrs am CO₂-Ausstoß bei 18%, davon entfallen 95% auf den Straßenverkehr! Es liegt auch in unserer Verantwortung hier gegenzusteuern, beispielsweise durch Verlagerung von Gütern auf Schiff und Bahn, Eberswalde ist doch gut angeschlossen.

Ein weiterer möglicher Weg, den Straßenverkehr zu reduzieren, ist der Ausbau des ÖPNV. Gerade Eberswalde hat mit dem Obus-Netz beste Erfahrungen auf diesem Gebiet. Ich schlage vor, dieses Netz entschieden stärker auszubauen, als dies zurzeit geplant ist, kombiniert mit P+R-Plätzen an der Peripherie.

Es geht nicht um Verbote oder Zwang. Der Obus muß bequem zu erreichen sein, also ein enges Netz aufweisen und günstige Taktzeiten haben, damit mehr Menschen das Auto stehen lassen. Das hätte nur positive Folgen. Abgesehen von der Klimawirkung bedeutete dies eine spürbare Entlastung unserer Bürger von Lärm und Abgasen. Die Parkplatzmisere würde sich entspannen und die Innenstädte würden an Attraktivität gewinnen. Unsere älteren Mitbürger hätten wieder bessere Chancen, am öffentlichen Leben teilzunehmen.

Kombiniert werden könnte die Verbesserung des ÖPNV mit einem behutsamen Ausbau einer innerstädtischen Entlastungsstraße, wie sie der Eberswalder Schwung und andere Alternativen (VEP2008) aufzeigen. In der Kurzdokumentation vom August 1997 macht der Autor des VEP1994 Dr. Schneewolf Vorschläge, wie diese Entlastung sogar schrittweise erreicht werden kann. Wichtig wäre auch, das Radwege-Netz auszubauen und vorhandene Radwege

instand zu setzen. Viele gerade junge Leute nutzen heute das Rad. Radschutzstreifen halte ich dabei für einen gefährlichen Irrweg.

Wir dürfen es nicht zulassen, daß der Bund (LS) sinnvolle Lösungen für Eberswalde weiterhin blockiert! Wenn es nach dem LS geht, muß Eberswalder Verkehr auf die Bundesstraße verlagert werden. Das bedeutet Umwege und Stau auf der L200, zusätzliche Belastung der Boldts- und der Coppstraße – die dafür nicht ausgelegt sind usw. Davor wird auch in der städtischen Stellungnahme zur aktuellen Planfeststellung gewarnt.

Eine weitere teure Konsequenz für Eberswalde besteht in der Herabstufung der alten B 167 zur Stadtstraße mit allen Kosten der Unterhaltung für die Stadt. Wenn dann demnächst die LKW-Maut auf alle Bundesstraßen ausgeweitet wird, was ich prinzipiell begrüße, werden findige Brummifahrer den Weg durch die Eberswalder Innenstadt wählen.

Stadtverwaltung nährt Illusion

In der Stellungnahme der Stadtverwaltung zur B167neu heißt es: »Der Bau der B167neu und den damit verbundenen schnellen und direkten Anschluß an die BAB 11 bedeuten insbesondere für die im Norden ortsansässigen Gewerbebetreibenden nachhaltige Entwicklungspotentiale und bewirkt unter Annahme der prognostizierten Verkehrsmengen für Bewohner entlang der 'alten B167' eine große Entlastung.«

Wir haben gesehen, daß dies eine Illusion ist. Zusätzlich ließ die Stadt die Errichtung immer neuer Märkte (Alte Brauerei, am Bahnhof, Westend-Center, Spechthausener Straße, Kleiner Stern in Finow) entlang der alten B 167 zu. Wie sollen da Innenstadt, Westend und Finow entlastet werden? Auf der anderen Seite: wenn Fahrzeuge auf die B167neu umgeleitet werden, wer kauft dann noch in der Innenstadt ein?

Und noch einen letzten Aspekt, der mit der B167neu verbunden ist, muß ich erwähnen, nämlich die Entwertung und Zerstörung der Naherholungsgebiete entlang des Oder-Havel-Kanals. Derzeit leben und erholen sich Bürger in Besters Fließ, auf dem Campingplatz am Üdersee, an der Kiesschütte, in Conradshöhe, an der Barschgrube bei Finow und auch nördlich von Nordend an der Bahnunterführung. Der Erholungswert all dieser Juwelen, die wir für unser Wohlbefinden brauchen und auf die wir nicht verzichten wollen, wird durch dieses unsinnige Straßenbauprojekt nachhaltig zerstört. Ganz abgesehen davon, daß dadurch die Attraktivität Eberswaldes für Touristen sinkt und damit die Gastronomie ebenfalls leidet.

Ist das der Weg der Stadtverwaltung, die nachhaltige, städtebauliche und verkehrliche Entwicklung, welche die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Aspekte in Einklang bringen, zu forcieren?

Ich sage Ihnen, der Bau der B167neu wird jede sinnvolle Verkehrsentwicklung in Eberswalde auf Jahrzehnte verhindern. Lassen Sie uns gemeinsam für eine bessere Alternative kämpfen.

Ortsumfahrung Bernau

Bernau (bvb/bbp). Während in Eberswalde und Umgebung der geplante Bau der sogenannten Umgehungsstraße B167neu auf dauerhaften Widerstand stößt, fordern in Bernau viele Einwohner den Bau einer großräumigen Ortsumgehungsstraße. Der Landtagsabgeordnete PÉTER VIDA (BVB/Freie Wähler) hat hierzu eine erste parlamentarische Anfrage an die Landesregierung eingereicht. Hierbei wird deutlich gemacht, daß Bernau aufgrund des Bevölkerungswachstums und der steigenden Lärm- und Feinstaubbelastungen durch den zunehmenden Durchgangsverkehr dringend eine weiträumige Umfahrung benötigt.

Konkret soll die Landesregierung mitteilen, ob sie die Einschätzung der notwendigen Schritte aufgrund der infrastrukturellen Gegebenheiten teilt und angesichts der Größe der Stadt eine finanzielle Kraftanstrengung seitens des Landes für möglich hält. Zugleich sollen konkrete Informationen zu möglichen Gesprächs- und Planungsständen gegeben werden. BVB/Freie Wähler, so Vida, »betrachtet die Umsetzung einer weiträumigen Ortsumfahrung als zentrales Ziel für diese Wahlperiode. Kurzfristig werden wir einen eigenen Streckenführungsvorschlag präsentieren.«

Wohnungsgenossenschaft:

Weiterhin anspruchsvoll

Eberswalde (bbp). Die Wohnungsgenossenschaft Eberswalde 1893 eG feierte sich jüngst. In ihrem Journal »Geflüster« war über die glänzenden Ergebnisse einer Umfrage zu lesen. Anspruchsvoll zeigt sich die Genossenschaft nicht zuletzt weiterhin bei den Nutzungsentgelten für Neu-Verträge (Neu-Vermietungen). Wie aktuelle Recherchen ergaben, fordert die Wohnungsgenossenschaft 1893 Eberswalde e.G. inzwischen bei Neuvergabe von Wohnungen im Leibnizviertel und in der Ringstraße ein Nutzungsentgelt von 7 €/m³ (ohne Betriebskosten). Im Kopernikusring sind es »bescheidene« 6,70 €, die gefordert werden. Höhere Ansprüche werden für Wohnungen in Westend gestellt. Hier liegt die Forderung für Wohnungen in der Walter-Kohn-Straße schon mal bei stolzen 7,70 €/m³. Entgegen früheren Behauptungen, die auch in mindestens einem Mietrechtsverfahren geltend gemacht wurden, zeigt sich die Genossenschaft im Brandenburgischen Viertel etwas bescheidener. Im ersten Bauabschnitt liegen die Wohnungsangebote der Genossenschaft bei 6,30 €. Allerdings wird auch hier schonmal für eine Wohnung im Erdgeschoß ein Quadratmeterpreis von 7 € kalt verlangt. Als regelrechter Ausrutscher nach unten erscheint da das Genossenschafts-Angebot für Vierraumwohnungen im Brandenburgischen Viertel. Hier begnügt sich die Genossenschaft mit 5,90 €. Alle diese Forderungen liegen deutlich über den Werten des Mietspiegels.

Kein »Amt für Klimawandel«

Trotz Haushaltsdefizit plant der Bürgermeister eine beträchtliche Erweiterung des Rathaus-Personals. Die Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde hatte vorgeschlagen, das zusätzlich geplante Verwaltungspersonal konzentriert für wesentliche Schwerpunkte einzusetzen.

Der Schaffung eines »Amtes für Klimawandel« stimmte die Mehrheit der Stadtverordneten aber leider nicht zu. Vielmehr folgten einige Fraktionen dem Vorbild des Bürgermeisters und verlangten, meist mit Erfolg, die Schaffung weiterer zusätzlicher Stellen in verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung.

Auch unsere Vorschläge zur Verkehrssicherheit und zu weiteren Themen fanden keine Mehrheiten. Erfolgreich hingegen war unser Vorstoß zur dauerhaften Lösung des Garagenproblems. Zunächst wird die geltende Regelung um ein Jahr verlängert. Die Verwaltung ist beauftragt, bis Ende des Jahres eine dauerhafte Lösung vorzuschlagen, die den Interessen der Garagennutzer und der Stadt entspricht.

Mehrheitliche Zustimmung fand auch die von uns gemeinsam mit SPD, Bündnisgrünen und Linken eingereichte Vorlage zum »Eberswalder Klimapaket«*.

Daran wollten wir im neuen Jahr anknüpfen und vor dem sehr kurzfristig öffentlich gemachten Erörterungstermin im Planfeststellungsverfahren B167neu für die Träger öffentlicher Belange (u.a. der Stadt Eberswalde) eine StVV-Sondersitzung einberufen mit dem Ziel, den Bürgermeister zu beauftragen, im Erörterungstermin gegen die gegenwärtige Planung zu stimmen. Das Projekt widerspricht den Interessen der Stadt Eberswalde nach einer Ent-

lastung vom ständig steigenden motorisierten Individualverkehr und steht im krassen Widerspruch zu den Erfordernissen einer nachhaltigen Verkehrswende**. Der überregionale Verkehr, dem allein die Nordtangente dienen kann, hat einen derart geringen Umfang, daß die finanziellen und insbesondere Umweltbelastungen durch dieses Projekt nicht gerechtfertigt sind.

Leider wollten sich unsere Partner der AG Klima an diesem Vorstoß nicht beteiligen. Die SPD/BFE-Fraktion hält »eine Entlastung mittels Umgehung sicher zielführend«, teilte Dr. Julia Kraushaar mit, während Karen Oehler (Bündnis 90/Grüne) informierte, daß ihre Fraktion zwar »in der Vergangenheit die B167neu immer abgelehnt« habe, dennoch aber zur Kenntnis nehmen mußte, »daß mehrheitlich Beschlüsse von der StVV (Stellungnahmen, VEP 2008) gefaßt wurden«. Aus ihrer Sicht »ist es heute unrealistisch, das gesamte Verfahren auf Null zurückzudrehen«. Die Linksfraktion als weiterer Partner antwortete gar nicht.

Die Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur bedauert es sehr, wenn es hinsichtlich der Umwelanstrengungen bei Lippenbekenntnissen bleibt und Ankündigungen nicht durch konkrete Taten unteretzt werden. Wir werden am Thema B167neu dran bleiben und den Widerstand gegen dieses unsinnige Verkehrsprojekt auch weiterhin nach Kräften unterstützen.

MIRKO WOLFFGRAMM, Fraktionsvorsitzender

* Zu den Änderungen gegenüber der Ursprungsvorlage der Fraktion siehe »Klima – vom Notstand zum Paket« in BBP 12/2019.

** Vgl. den Beitrag von Oskar Dietterle (BI »Gegen die B167neu«) in dieser Ausgabe, Seite 3.

Woidkes Energiemärchenstunde

Woher die Tesla-Gigafactory ihre Energie bekommt

Vor der Wahl hatte Brandenburgs Ministerpräsident die hohen Strompreise offen als anzugehendes Problem benannt. Immerhin haben wir für private Verbraucher die höchsten Strompreise Europas und die dritthöchsten Industriestrompreise – nach Zypern und Italien. Innerhalb Deutschlands ist Brandenburg preislich dabei sogar noch an der Spitze, was der Regierungschef mehrfach selbst kritisierte.

Doch seit der Wahl wird das Problem totgeschwiegen. Stattdessen erklärt Woidke seit Wochen, daß Tesla & Co. vor allem wegen der Erneuerbaren in Brandenburg seien. Wenn man ihm zuhört, scheint der Industrie der Strompreis inzwischen egal zu sein, Hauptsache erneuerbar! Doch offensichtlich meiden selbst die als Beispiele genannten Unternehmen gezielt die Verwendung des teuren Stroms, der als angeblicher Standortfaktor angepriesen wird. So legte Tesla für seine Gigafactory in Grünheide inzwischen die konkreten

Planungen vor. Im Bericht zur Umweltverträglichkeitsprüfung wird ein Bedarf an 109 MW an Elektroenergie angekündigt. Weit weniger als erwartet. Doch gleichzeitig wird ein Bedarf an 16.000 m³ Erdgas genannt – pro Stunde! Bei einem Brennwert von 11 kWh/m³ – wie für das Erdgas in diesen Leitungen üblich – entspricht dies einem Energiestrom von 176 MW.

Tesla wird also über 60% seines Energiebedarfs nicht aus dem so gelobten und angeblich standortentscheidenden Ökostrom decken, sondern aus Erdgas, weil dieses deutlich günstiger ist. Nicht umsonst wurde wohl mit Grünheide gewählt, wo kaum 3 km vom Eingangstor entfernt gleich drei Gaspipelines verlaufen: JAGAL, OPAL und EUGAL. Es ist anzunehmen, daß ein kurzer Abzweig zur Gigafactory geplant wird und dem Ministerpräsidenten dies nicht verborgen blieb, als er das Märchen von der Anziehungskraft der teuren Erneuerbaren auf-tischte.

PÉTER VIDA

Recht auf Stadt Eberswalde:

Grünfläche und Fußgängerzone

Stellungnahme zum Bauvorhaben »Friedrich-Ebert-Straße Süd«

Als Bürgerinnen und Bürger, Initiativen und Einzelhändler der Stadt Eberswalde sehen wir den aktuellen Bebauungsplan der Friedrich-Ebert-Straße Süd als fatale und einseitige Entwicklung an. Nachfolgend erläutern wir unseren deutlichen Widerspruch.

Das Bauvorhaben zur »Wiederherstellung der historischen Blockrandbebauung« steht im Widerspruch zum Klimaschutzkonzept der Stadt Eberswalde. Einerseits führt die Flächenversiegelung mit einer kompakten, dichten Bebauung höchstwahrscheinlich zu »lufthygienische[n] und klimatische[n] Beeinträchtigungen« (Anlage 2 zur Informationsvorlage Bebauungsplan Nr. 136/1 »Friedrich-Ebert-Straße Süd«). Andererseits wird das im Konzept vorgesehene Parkgeschoß zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen in der Innenstadt führen. Diese Auswirkungen konterkarieren somit die Bestrebungen Eberswaldes, eine moderne, klimafreundliche Stadt zu werden.

Eine sinnvolle Umsetzung des Konzepts »Stadt der kurzen Wege« (Klimaschutzkonzept der Stadt Eberswalde) erfordert eine gleichmäßige Entwicklung aller Eberswalder Stadtteile, vor allem der strukturschwachen, und nicht eine einseitige Fokussierung auf die Entwicklung der Innenstadt.

Des Weiteren ist der Angebotsbedarf an neuen Einzelhandelsflächen in der Innenstadt

bei gleichzeitig leerstehenden Gewerbeflächen nicht offensichtlich. Eine Grünfläche wie die Friedrich-Ebert-Straße Süd trägt zur Aufwertung der Innenstadt wie auch der Stärkung des Einzelhandels bei. Durch die Schließung vieler Baulücken in den letzten Jahren konzentrieren sich Erholungsnutzung und Verweilmöglichkeiten auf die verbliebenen Grünflächen wie die Friedrich-Ebert-Straße Süd.

Innenstadtbelebung entsteht durch nicht mehr kommerzielle Angebote (z.B. Einzelhandelsflächen) und Wohnraum, sondern durch bedarfsgerechte Angebote und Bereitstellung von »Erfahrungs- und Begegnungsräumen«, in denen sich Bürgerinnen und Bürger mit ihren Ideen und Projekten verwirklichen und an diesen Orten mit anderen Menschen in persönlichen Kontakt treten können.

Deswegen fordern wir:

- Die Entscheidung für die Bebauung muß grundsätzlich hinterfragt werden, da sich seit Beginn der Planung die Rahmenbedingungen in der Innenstadt und der Stadtpolitik (Klimastadt Eberswalde) entscheidend änderten.

- Der Einfluß einer Bebauung an diesem Standort auf die lufthygienischen, klimatischen und ökologischen Bedingungen muß umfassend geprüft werden.

- Der Angebotsbedarf von Einzelhandelsflächen in der Innenstadt bedarf einer realistischen und transparenten Analyse.

- Im Zeitalter des Klimawandels (zunehmende Hitzeperioden & Starkwetterereignisse) muß die Erhaltung jeder städtischen Grünfläche als wichtiger ökologischer Funktionsraum (klimatisch, lufthygienisch, hydrologisch...) oberste Priorität haben

- Daher fordern wir den kompletten Erhalt der Ebertwiese und eine Umwidmung in eine städtische Grünfläche sowie eine zeitnahe Erstellung eines alternativen Nutzungskonzeptes, mit Beteiligung der Eberswalder Zivilgesellschaft für diesen Teilbereich inkl. sofortiger Umwandlung der Friedrich-Ebert-Straße in eine Fußgängerzone. Die Ebertwiese soll in Zukunft ein Gestaltungsraum für innovative Ideen hin zu einer nachhaltigen Gesellschafts- und Stadtkultur werden. Es gilt, das Potential der engagierten Bürgerinnen und Bürger für eine nachhaltige Stadtentwicklung verstärkt zu nutzen.

Wir fordern die Stadt Eberswalde auf, mutig und konsequent von ihrem stadtpolitischen Gestaltungsrecht Gebrauch zu machen!

RECHT AUF STADT

(Unterschriftenliste und weitere Informationen im Internet auf <https://rechtaufew.de/>)

»Schule im Walde« – 1928 bis heute

Dauerausstellung im Bauhaus Denkmal Bundesschule Bernau



In der neuen Dauerausstellung ist das Bernauer Bauhaus Denkmal auch als Modell zu sehen.

Bernau (bbp). Am 17. Januar öffnete im Bauhaus Denkmal Bundesschule Bernau die Dauerausstellung »Schule im Walde« – 1928 bis heute seine Pforten (baudenkmal bundesschule bernau e.V., Hannes-Meyer-Campus 9, 16321 Bernau). Anlaß war die Eröffnung der Außenanlagen durch den Bernauer Bürgermeister André Stahl (Die Linke). Die Ausstellung soll faktisch als Überbrückung bis zur Fertigstellung des Besucherzentrums laufen. Öffnungszeiten sind am Donnerstag und Sonntag, jeweils von 10 bis 16 Uhr. Der Eintritt ist frei. Nachfolgend der Begleittext zur Ausstellung:

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) beauftragte im Frühjahr 1928

den Architekten und Bauhausdirektor Hannes Meyer mit dem Bau eines Schulungsortes der Gewerkschaften. Der Gebäudekomplex gilt bis heute wegen seiner harmonischen Einpassung in den Landschaftsraum, seiner großzügigen Lichtarchitektur und der idealen Verbindung sozialpädagogischer Reformideen, als Musterbeispiel moderner Baukultur. Nicht zuletzt sind diese Kriterien, die der ehemaligen Bundesschule des ADGB zum UNESCO-Welterbetitel verholfen.

Die Ausstellung »Schule im Walde« – 1928 bis heute im Vereinshaus des baudenkmal bundesschule bernau e.V. widmet sich der bewegten Bau- und Nutzungsgeschichte der einstigen

Bundesschule und dem Leben auf dem Campus: Vom Bau der Schule durch das legendäre Bauhaus in Dessau für den ADGB, über die Besetzung der Schule durch die SA und die hiermit verbundene Nutzung als Reichsführerschule bis 1945, bis zur jahrzehntelangen Nutzung als prestigeträchtige Gewerkschaftshochschule der DDR und dem folgenden Leerstand bis hin zur erfolgreichen Sanierung und derzeitiger Nutzung als Internat der Handwerkskammer Berlin.

Grundlage der Ausstellung bilden Ausstellungselemente, die in den 1990er Jahren vom baudenkmal bundesschule bernau e.V. erstellt und als Wanderschau genutzt wurden. In Teilen werden diese Elemente mit der 2019 in der Galerie Bernau realisierten Ausstellung »Volksbedarf statt Luxusbedarf – Bernau und sein Bauhaus« kombiniert und auf die Räume des Vereinshauses zugeschnitten. Durch Erzählungen ehemaliger Anwohner und Experten, Artefakte, Zeitdokumente und einer Bibliothek wird ein Zeitraum von über 90 Jahren, von der Grundsteinlegung 1928 bis heute, veranschaulicht und erfahrbar gemacht.

Die Ausstellung »Schule im Walde« – 1928 bis heute im Lehrerhaus Hannes-Meyer-Campus 9 ist bis zur Fertigstellung des Besucherzentrums nun für Besucher des UNESCO-Welterbes Anlaufstelle. Sie ist ein Gemeinschaftsprojekt des baudenkmal bundesschule bernau e.V., der BeSt Bernauer Stadtmarketing GmbH und der Stadt Bernau.

»Winteraustern«

Autorenlesung mit Alexander Oetker

Wandlitz (bbp). Ziehen Sie sich warm an für Luc Verlains kältesten Fall! Winterzeit am Bas-sin d'Arcachon, das bedeutet für die Austern-züchter Hochkonjunktur. Allerdings auch für die Austerndiebe, denen man mit immer dra-stischeren Methoden begegnet. Und so mün-det das, was eine besinnliche Bootsfahrt wer-den sollte, für Luc Verlain in einen Mordfall, der es in sich hat. Zusammen mit seinem Vater, einem ehemaligen Austernzüchter, hatte Luc eigentlich nur noch einmal dessen einstige Wirkungsstätte befahren wollen, als sie plötz-lich auf die übel zugerichteten Leichen zweier junger Männer stoßen...

Die Ermittlungen von Luc und seiner Part-nerin Anouk führen tief hinein in eine von Profitgier und Konkurrenzdenken korrumpier-te Branche. Dies ist der dritte Band der belieb-ten Krimireihe im französischen Aquitaine.

Zur Lesung lädt die Buchhandlung Wandlitz am 24. Januar, um 20 Uhr, in ihre Räumlich-keiten der Buchhandlung in der Prenzlauer Chaussee 167 in Wandlitz ein. Der Eintritt kos-tet 10 Euro.

Winter – Stille – Träume

Eberswalde (bbp). »Im Spiegel der Natur dir selbst begegnen« – unter diesem Leitsatz steht eine Seminarreihe, mit der sich die Wild-nispädagogin und »Wu Tao«-Tanzlehrerin JELKA ESCHER an Interessierte wendet. Sie verspricht »Meditation, Körperübungen, Naturgänge und achtsamen Austausch«. Im Rahmen dieser Se-minarreihe »verbinden wir uns mit den Quali-täten der jeweiligen Jahreszeit angelehnt an die Leh-ren der Traditionellen Chinesischen Medizin. Da-bei können wir die Natur als kraftgebende Re-source und klärenden Spiegel für innere Fragen und Themen erfahren.«

Die äußere Bildung erhielt Jelka Escher an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE), wo sie das Masterstudium für Regionalentwicklung und Naturschutz mit Schwerpunkt Bildung für Nachhaltige Ent-wicklung/Umweltbildung erfolgreich abschloß.

Im Waldcampus der HNEE, konkret in der dortigen Jurte und im umliegenden Wald fin-den ihre Seminare dann auch statt. In jeder Jahreszeit soll es ein Seminar geben, das erste »Winter – Stille – Träume« gibt schon am 26. Ja-nuar. Am 22. März folgt dann »Frühling – Kraft – Raum« und am 5. Juli »Sommer – Herz – Feu-er«. Mit »Herbst – Abschied – Atmen« endet am 25. Oktober die 2020er Seminarreihe. Die Se-minarleiterin betont, daß die Termine ohne weiteres auch einzeln besucht werden können.

Die Seminare dauern jeweils von 11 bis 17 Uhr. Pro Person und Termin empfiehlt sie eine Spende zwischen 12 und 25 Euro. Anmeldung und weitere Infos gibt Jelka Escher per eMail (jelkae@posteo.de) oder am Telefon (0176/7355166).

Der »verhaßte« Bonhoeffer

Die gesamte Medienbranche wäre erschüttert worden, las man kurz vor Weihnachten in der lokalen Tageszeitung (MOZ, 19.12.2019). Im Artikel »Mehr Faktenchecks in Re-daktionen« berichtete das Blatt über die Fälschungen eines Spiegel-Reporters und die Ehrung des Aufklärers des Falls Juan Moreno als »Journalist des Jahres«. Die Verlage – so die Aussage – hätten »vielfältige Konsequenzen« gezogen. Inhalte würden künftig vor der Veröffentlichung besser geprüft.

Das ist sehr lobenswert. Wie aber ver-fährt das Heimatblatt? In der gleichen Ausgabe verstößt die MOZ-Redaktion mit dem Artikel »Gehaßt von NSDAP und SED« auf grobe und nicht hinnehmbare Weise gegen die Verpflichtung eines Faktenchecks.

Neben der schon in der Überschrift ge-schmacklosen Gleichsetzung von NSDAP und SED wird unkommentiert die Behauptung wie-dergegeben, daß DIETRICH BONHOEFFER, er-mordet im KZ Flossenburg, als Widerstands-kämpfer gegen die Nationalsozialisten kein ho-hes Ansehen in der DDR genossen hätte.

Wörtlich wird der Oderberger Ex-Pfarrer EBERHARD KRISPIN mit folgender Aussage zi-tiert: »Allein die Tatsache, das Bonhoeffer ein Wi-derstandskämpfer war, machte ihn in den Augen der DDR-Obrigkeit zu einem Gegner. Denn natürlich fühlte sich auch dieses Regime durch möglichen Widerstand bedroht.«

Wenn Krispin behauptet, die Benennung des Gemeindehauses in Oderberg als Dietrich-Bonhoeffer-Haus sei »alles andere als gern ge-sehen gewesen«, dann begibt er sich einen Bereich der Spekulation, mit der heutzutage gepunktet werden kann. Belege liefert er nicht.

Der MOZ-Autor machte sich auch keinerlei Mühe, die grob wahrheitswidrigen Aussage zu prüfen. Es paßt ja auch zu schön in den Main-stream und ist insofern bloß ein weiterer Bau-stein in der anhaltenden Fälschung der DDR-Geschichte und zugleich eine Beleidigung all derer, die den Faschismus bekämpften und hal-fen, mit der DDR einen konsequent antifaschis-tischen Staat zu errichten.

Schon ein Blick in Meyers Lexikon (VEB Bi-bliographisches Institut Leipzig 1976) straft die Spekulation des Ex-Pfarrers Krispin Lügen. Dort heißt es: »Bonhoeffer Dietrich, 1906-1945 (im KZ ermordet), evangel. Theologe, Antifaschist u. Vertreter der Bekennenden Kirche«. In dem Eintrag zur Bekennenden Kirche heißt es: »Be-kennende Kirche: gegen die hitlerfaschist. Kirchen-politik u. die 'Dt. Christen' gerichtete evangel. Be-wegung«. Hätte die DDR tatsächlich Bonhoef-fer gefürchtet, wären solche Lexika-Einträge gewiß nicht zugelassen worden.

Im Unterschied zu den Behauptungen stand die DDR- und SED-Führung der »Strahlkraft« Bonhoeffers offensichtlich durchaus positiv ge-genüber. Wie in der Wikipedia zu erfahren ist, gab es bei den Christen und Kirchen in der DDR gerade unter Berufung auf die Theologie Bonhoeffers eine »allmähliche Öffnung zum So-zialismus«, die schließlich in dem Konzept einer »Kirche im Sozialismus« mündete. Was Krispin dem MOZ-Redakteur erzählt hat, beweist ei-

gentlich das Gegenteil von dem, was er weis-machen will. Denn obwohl es angeblich »nicht gern gesehen« war, hatte die Namensgebung des Dietrich-Bonhoeffer-Hauses ja offensichtlich Bestand bis heute.

Und ja, natürlich fühlt sich jedes Regime »durch möglichen Widerstand bedroht«. Auch das BRD-Regime. Erinnert sei daran, daß die Rich-ter, welche das Todesurteil über Dietrich Bonhoeffer fällten, nach dem Krieg in der BRD in Amt und Würden blieben.

Auch das kann man in der Online-Enze-klopädie erfahren, die der MOZ-Redakteur of-fensichtlich nicht abgefragt hat: Am 15. Sep-tember 1945 erstattete ADOLF GRIMME, der zur Roten Kapelle gehört hatte, Anzeige gegen den NS-Richter MANFRED ROEDER wegen dessen Beteiligung an den Verfahren gegen Dietrich Bonhoeffer, Hans von Dohnanyi und 49 Mit-glieder der Roten Kapelle und wegen des Ein-satzes erpresserischer Zwangsmittel. Das zunächst in Nürnberg und danach in Lüneburg geführte Verfahren wurde jedoch eingestellt.

1956 qualifizierte der Bundesgerichtshof (BGH) das SS-Standgericht, das Bonhoeffer 1945 zum Tode verurteilt hatte, als ein ord-nungsgemäßes Gericht. Das Verfahren, das ein anderer Senat des BGH 1952 noch als »offen-kundiges« Scheinverfahren angesehen hatte, wurde als ein ordnungsgemäßes Gerichtsver-fahren klassifiziert. Das Urteil gegen Bonhoef-fer, Dohnanyi u.a. habe dem damaligen Recht entsprochen und sei daher auch weiterhin gül-tig. Dieser Richterspruch galt in der BRD bis in die 1990er Jahre, so daß Dietrich Bonhoeffers Verwandten in der BRD z.B. keine Entschädi-gung zugesprochen wurden.

Erst 1998, mehr als 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, wurde eine Aufhebung erster faschistischer Urteile gesetzlich geregelt und sie wurden als Unrechtsurteile bezeichnet. Und erst in den Folgejahren wurde die Rege-lung für weitere rechtswidrige Urteile getrof-fen.

Dem Herrn Krispin kann nachgesehen wer-den, daß ihm womöglich sein Alter Grenzen setzt, sich ein wenig konkreter mit der Vergan-genheit vertraut zu machen.

Von einem MOZ-Lokalredakteur muß aller-dings zwingend erwartet werden können, daß er Aussagen vor Veröffentlichung auf Richtig-keit prüft. Wer das nicht kann, sollte den Beruf wechseln. Aber vielleicht sind die Aussagen durch den Redakteur so auch gewollt. Ge-schichtsfälschungen haben ja momentan Hochkonjunktur.

HEIKO HAASE

Bürgerinitiative: Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!

»Rechtswidrig und nicht vollziehbar«

Vier Jahre nach dem Urteil zur 380kV-Freileitung ist der Konflikt immer noch ungelöst. Eine politische Lösung ist gefragt.

Vor vier Jahren, am 21.01.2016, entschied das Bundesverwaltungsgericht, der Planfeststellungsbeschuß des Landesamts für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) ist »rechtswidrig und nicht vollziehbar«. Das Bundesgericht brachte damit der Genehmigungsbehörde (LBGR) in Cottbus und dem Vorhabenträger 50 Hertz GmbH eine empfindliche Niederlage bei.

Die Klage gegen den im Sommer 2014 nach intensiven Auseinandersetzungen und Protesten ergangenen Planfeststellungsbeschuß hat die Bürgerinitiative Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat koordiniert. Da die Bürgerinitiative (BI) selbst kein Klage-recht hatte, sprang der NABU-Brandenburg, einer der großen anerkannten Umweltverbände, in die Bresche. Ferner klagten noch ein betroffenes Wirtschaftsunternehmen und ein privater Grundstücksbesitzer. Damit war die Klage breit aufgestellt und deckte alle rechtlich relevanten Aspekte ab.

Zugleich mit der Klage wurde im Herbst 2014 im Zuge eines Rechtshilfeersuchens ein Baustopp beantragt, dem vom Gericht stattgegeben wurde und der bis heute und bis auf weiteres in Kraft ist. Der Baustopp geht bereits ins sechste Jahr.

Der Konflikt geht ins zwölfte Jahr

Bereits im Vorfeld des Planfeststellungsverfahrens hat die im Juni 2008 gegründete Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!« die Öffentlichkeit über die Planung und die mit ihr verbundenen Risiken informiert und den Widerstand dagegen organisiert. Die Bürgerinitiative hat aber auch Wege zur Lösung des Konflikts aufgezeigt, die z.T. von der Landespolitik aufgegriffen wurden.

Als in den Jahren 2008 und 2009 über das Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) im Bundestag diskutiert wurde, regte die BI an, die geplante 380kV-Leitung Bertikow-Neuenhagen in den Katalog der Pilotprojekte für die Erdverkabelung aufzunehmen.

Während dieser Vorschlag im Umweltausschuß des Deutschen Bundestags noch eine Mehrheit fand, stieß er im federführenden Wirtschaftsausschuß, angestachelt von den Netzbetreibern, auf erbitterten Widerstand. Der Antrag des Landes Brandenburg, das Leitungsausbauprojekt als Pilotprojekt für die Erdverkabelung in das EnLAG aufzunehmen, scheiterte schließlich im Bundesrat. Hier hatte es die Landesregierung von Ministerpräsident Platzeck versäumt, rechtzeitig eine Mehrheit für ihren Antrag zu organisieren.

Die Forderung von 2008/09 ist immer noch aktuell. Das EnLAG wurde in der Zwischenzeit mehrfach novelliert und die Landesregierung hat es immer wieder versäumt, der Forderung nach der Aufnahme des EnLAG-Projekts Nr. 3 in den Katalog der Pilotprojekte Geltung zu verschaffen.

Im letzten Jahr hat die BI deshalb eine Petition an den Bundestag gerichtet, die noch anhängig ist.

Voten der betroffenen Kommunen gegen die 380kV-Freileitung

Auf kommunaler Ebene ist es der BI gelungen, das Thema in die kommunalen Parlamente einzuspeisen und klare, die Planung ablehnende Voten zu erzielen. Die Städte Eberswalde und Angermünde und die betroffenen Gemeinden Chorin und Ziethen haben sich mehrfach und konsequent gegen die geplante Freileitung ausgesprochen und dies durch ihre Stellungnahmen in den verschiedenen Beteiligungsverfahren auch gegenüber der Genehmigungsbehörde zu Protokoll gegeben.

Die Kritik an der Planung ist differenziert und wissenschaftlich begründet

In der Kritik an der geplanten Freileitung, die 2012 in das Planfeststellungsverfahren eingebracht wurde, wurden alle Aspekte berücksichtigt:

Bei einer zu engen Heranführung der 380kV-Freileitung an die Wohnbebauung, wie in Eberswalde oder Senftenhütte, können gesundheitliche Risiken nicht ausgeschlossen werden. Das wurde in einem ausführlichen Gutachten von Dr. Oberfeld dargelegt.

Eine 380kV-Freileitung mit Masthöhen zwischen 30 und 60 Metern ist eine Störung des Landschaftsbildes, was in einem Gutachten von Dr. Henne und einem weiteren Gutachten der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) dargelegt wurde.

Der Nordosten Brandenburgs ist durch sein vielfältiges und umfangreiches Vogelaufkommen einzigartig in Deutschland und deshalb kommt dem Vogelschutz hier ein besonderes Gewicht zu, was Dr. Martin Flade in vielen Stellungnahmen im Genehmigungsverfahren immer wieder betont hat. Die Freileitungsplanung kollidiert mit den Schutzziele des Biosphärenreservats und der Europäischen Vogelschutzgebiete (SPA).

In einem technischen Gutachten von Prof. Jarass wurde die Notwendigkeit der Leitung in Frage gestellt und technische Alternativen wurden erläutert.

Alle diese Argumente, die seit Beginn des Konflikts von uns immer wieder vorgetragen wurden, hat 50 Hertz vom Tisch gewischt und darauf beharrt, daß die Errichtung dieser Leitung alternativlos sei.

Der Rechtsstreit war bei der intransigenten Haltung von 50 Hertz unvermeidlich

So nahm der Konflikt seinen Lauf und es kam zum Rechtsstreit vor dem Bundesverwaltungsgericht. Der Vorhabenträger (50 Hertz) mußte sich hier sagen lassen, daß er eine



rechtswidrige Planung eingereicht hatte und die Genehmigungsbehörde wurde belehrt, daß sie eine rechtswidrige Planung genehmigt hatte. Der Konflikt war aber durch diesen Urteilspruch noch nicht beendet, denn das Gericht hat dem Vorhabenträger noch die Möglichkeit eingeräumt, durch ein Planergänzungsverfahren den Nachweis zu führen, daß durch das Vorhaben die Ziele des Vogelschutzes nicht erheblich beeinträchtigt würden. Kurz, 50 Hertz sollte das leisten, was das Unternehmen in all den Jahren vorher nicht hatte leisten können.

Vier Jahre nach dem Urteilspruch des Bundesverwaltungsgerichts kann man feststellen, daß inzwischen das Beteiligungsverfahren im Planergänzungsverfahren abgeschlossen ist, daß alle Gutachten und Stellungnahmen, alle Einwände und Erwiderungen vorliegen, aber ein neuer Planfeststellungsbeschuß noch aussteht.

Die Bürgerinitiative kommt auf der Basis der bisherigen Aktenauswertung zum Schluß, daß es eine Fülle von Ansatzpunkten gibt, einen auf der Basis dieser Aktenlage ergehenden Planfeststellungsbeschuß mit guten Erfolgsaussichten juristisch anzugreifen.

Die Politik ist gefragt

Es ist also Zeit, den Konflikt durch eine politische Initiative zu lösen. Im Koalitionsvertrag ist die Rede davon, die Großschutzgebiete zu stärken und die Errichtung einer 380kV-Freileitung im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin ist mit diesem Ziel sicherlich nicht vereinbar.

Die Lösungsvorschläge der Bürgerinitiative liegen auf dem Tisch

Bei den Lösungsvorschlägen der Bürgerinitiative, die mit den Kommunen abgesprochen sind, geht es um teilweise Erdverkabelung in sensiblen Räumen oder um eine teilweise Neutrassierung mit teilweiser Erdverkabelung (östliche Umgehung des Biosphärenreservats), wodurch die Querung der Stadt Eberswalde und des Biosphärenreservats vermieden und die Stadt Angermünde entlastet werden könnten. Es kommt jetzt darauf an, daß der politische Wille artikuliert wird, den Konflikt zu lösen, indem Vertreter aller Beteiligten und Betroffenen an einen Tisch gebracht werden.

Bei Politikversagen droht ein neuer zeitraubender Rechtsstreit vor dem Bundesverwaltungsgericht, bei dem die Gegenseite nicht davonausgehen sollte, daß sie obsiegen werde.

HARTMUT LINDNER, BI Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!

Ein hilfsbereiter Mensch

Wenn es darum geht, einen Menschen zu würdigen, der fleißig, umsichtig und uneigennützig ist, dann muß ich an dieser Stelle ANDREAS GERKE über alles loben.

Ich hatte Andreas im Herbst 2017 angesprochen, ob er mir und vor allen Dingen der Frau W., die in Finow wohnte, etwas helfen kann. Er war sofort einverstanden und kaufte ein, räumte die Wohnung auf, wusch täglich ab und bereitete Mittag und Abendbrot für die kranke Frau vor. Er kümmerte sich um das Heizen und holte mit meinem Sohn einen Dauerbrandofen, der dann Tag und Nacht in Betrieb war.

Vorher saß die Frau W. täglich in der Küche und ertrug die niedrigen Temperaturen um null Grad. Ihr bestellter Betreuer erschien einmal in der Woche und der Pflegedienst war täglich bei ihr. Niemandem fiel auf, daß die Frau bei diesen Temperaturen kampierte. Daß sie sich trotz alledem nicht erkältete, war erstaunlich. Sie mußte zwar mehrmals ins Krankenhaus, aber das hatte andere Ursachen.

Wir haben natürlich auch Brennmaterial wie Holz und Briketts geholt. Leider konnte sie Andreas nicht so bezahlen wie es angesichts seines Hilfeumfangs hätte sein müssen.

Andreas stellte auch die Waschmaschine an, nahm die Wäsche raus und hängte sie zum Trocknen auf. Seine Einstellung und der Glaube ist für ihn das oberste Gebot.

Solche Menschen, die voll für die Gemeinschaft einstehen, gibt es. Andreas Gerke ist sehr, sehr fleißig und umsichtig und verdient, ausgezeichnet zu werden.

NORBERT GLASKE

Barnimer Bürgerpost a b o n n i e r e n !

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
internet: www.barnimer-buergerpost.de

Regentanz in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Die Einladung richtete sich an die »Welten- und Natur-Freunde«, als am 18. Januar in der Boulderhalle im Rofin-Park (Coppi-Str. 3) »wieder für die Wälder der Welt getanzt [wurde] – weil wir wirksam sein können wenns wo brennt«. Die Aufforderung »Kommt und tanzt« erging »an alle Weltretter, Feuerwehrhelden, und Waldfeen aus Eberswalde und Umgebung«, die aufgefordert wurden, »für die Heiligkeit der Welt zu feiern«.

Im der Einladung »Der Rofin lädt zum Regentanz!« heißt es: »Australien, Indonesien und der wilde Amazonas – die flimmernden Bilder von lodernen Flammen huschen permanent über unsere Minicomputer. Schluß mit hilflos fühlen! Wir werden zu rettenden, tanzenden Assistenten der Tier- und Pflanzenheilung. Am Samstag ab 21 Uhr wird für Wetterzauber getanzt!«

Alle Einnahmen, so das Versprechen der Veranstalter, gehen ohne Umwege an die Hilfskräfte vor Ort.

Der Fachkräftemangel

Das Thema »Fachkräftemangel« wird zuweilen heiß diskutiert. Inwieweit tatsächlich der Mangel an fachlich gut ausgebildeten Arbeitern oder vielleicht auch bloß ein Mangel an ausreichender Bezahlung der Grund für das Fehlen von Bewerbern für offene Facharbeiter- oder Ingenieurstellen ist, mag dahingestellt sein.

Inzwischen beklagen allerdings auch die öffentlichen Verwaltungen in Stadt und Kreis, die mit ihren neuen Stellenplänen für 2020 eine regelrechte Beschäftigungsoffensive gestartet haben (allein die Barnimer Kreisverwaltung und die Eberswalder Stadtverwaltung haben mehr als Hundert neue Stellen eingerichtet), daß der Arbeitsmarkt für qualifiziertes Personal wie leergefegt erscheint. Dabei zahlen die Verwaltungen keineswegs Dumpinglöhne.

In der Vergangenheit garantierte ein Verwaltungsjob nicht nur ein sicheres, sondern meist auch ein vergleichsweise höheres Einkommen. Die sogenannte »freie Wirtschaft« steht vor dem Problem, daß sie für billigen Lohn kaum noch Fachkräfte bekommt und selbst höhere Lohnangebote kaum noch als Lockmittel funktionieren. Nach 1990 waren viele der damals reichlich vorhandenen Fachkräfte in den Westen abgewandert. Dennoch konnten die Firmen aus dem Vollen schöpfen – und die Löhne niedrig halten – weil die geburtenstarken DDR-Jahrgänge dem Markt neue Arbeitskraft zuführten. Zugleich konnte man auch noch auf die Alt-Facharbeiter aus DDR-Zeiten zurückgreifen, die aus den verschiedensten Gründen auch nach 1990 nicht die Flucht in den Westen angetreten hatten.

Da Ausbildung mit hohen Kosten und zugleich mit einiger Bürokratie verbunden war

und ist, verzichteten viele vor allem kleinere Betriebe irgendwann darauf, eigene Lehrlinge auszubilden.

Die negativen Folgen zeigten sich, als dem hiesigen Arbeitsmarkt nur noch die geburten-schwachen Jahrgänge der nach 1990 Geborenen zuflossen. Nun fällt vielen Firmen auf die Füße, daß sie nicht rechtzeitig wieder damit begonnen haben, für eigenen Facharbeiternachwuchs zu sorgen.

Die Bundesregierung will hier durchaus helfen, wobei verstärkte Investitionen in den Ausbildungsmarkt nicht favorisiert sind. Vielmehr sollen Fachkräfte aus dem Ausland angeworben werden. Von dort, wo die Arbeitskraftproduktionskosten noch immer vergleichsweise niedrig sind. Für die alte BRD war das jahrzehntelang das Erfolgsmodell.

Allerdings scheitert dies nicht zuletzt an der BRD-eigenen Bürokratie. Mit den verschiedenen Flüchtlingswellen, zuletzt der aus Syrien ab 2015, kamen zahlreiche sehr gut ausgebildete Fachkräfte ins Land. Das Dumme ist, daß sehr oft deren Abschlüsse in der BRD nicht anerkannt werden und gezielte Weiterbildungsangebote, die der Anpassung ausländischer Abschlüsse dienen könnten, zumeist fehlen.

Ein Beispiel dafür gibt es in einer Barnimer Apotheke, die einen ausgebildeten Apotheker aus Syrien nur beschränkt als Aushilfe beschäftigen kann, weil dessen Abschluß in der Bundesrepublik Deutschland nicht anerkannt wird. So erhält er – der arbeiten will – nur 80 Cent je Stunde zu seinem bescheidenen Asylbewerbersatz dazu, anstatt seinen Lebensunterhalt regulär und vollständig aus eigener Arbeit zu bestreiten.

GERD MARKMANN

ErzählCafé in Bernau:

Von Neuanfängen und Wendepunkten

Wir laden Interessenten aller Generationen zum ErzählCafé ein. Ort: Begegnungszentrum der Volksolidarität Bernau, Sonnenallee 2, 16321 Bernau. Am 28. Januar – Von Neuanfängen und Wendepunkte in meinem Leben – von 14 bis 15.30 Uhr.

So bunt sich die 12 Monate eines Jahres zeigen, so vielfältig sind die einzelnen Geschichten aus der Nachbarschaft. Um eine Lebensgeschichte auszutauschen, brauchen Menschen Begegnung und Gemeinschaft. Eröffnet wird das ErzählCafé von der Moderatorin Silke Maier. Sie gestaltet den Nachmittag mit allen Sinnen: Erzählen, Vorlesen, Zuhören, Anschauen oder Selbstgeschriebenes zum Mitnehmen gehören dazu. Kurz: Gemeinsam wird aus dem »Nähkästchen« geplaudert.

Das erste Erzählcafé in Deutschland entstand 1987 in Berlin-Wedding. Den Impuls dafür gab Prof. Dr. C. Wolfgang Müller vom Sozialpädagogischen Institut der Technischen

Universität Berlin. Er brachte die Idee aus den USA mit.

Er selbst beschrieb die Projektidee so: »Die tragende Idee des Erzähl-Cafés ist es, daß Frauen und Männer, die auf ein ereignisreiches Leben und auf wichtige Lebenserfahrungen blicken können, die Möglichkeit erhalten, diese Lebenserfahrungen anderen Berlinerinnen und Berlinern aller Altersgruppen erzählend mitzuteilen und mit ähnlichen oder völlig anderen Erfahrungen auszutauschen.«

Das Urania-ErzählCafé findet jeden Monat statt. Einzelheiten zum ErzählCafé und zu allen anderen Veranstaltungen der Urania in Bernau finden Sie im Internet unter www.urania-barnim.de. Wir freuen uns auf Sie.

Der Teilnehmerbeitrag beträgt 2,50 Euro. Urania-Mitglieder, Studenten und Schüler sowie Besitzer des Sozialpasses der Stadt Bernau bezahlen 2 Euro. Einfach vorbeikommen. Keine Anmeldung notwendig.

SILKE MAIER

Kriegsvorbereitungen in München

SiKo – ein schwerverdaulicher Politikbrocken

Sie steht wieder ins Haus, diese Konferenz in München. Vom 14. bis 16. Februar geht sie abgeschirmt und geschützt durch schwer bewaffnete Polizeikräfte über die Bühne. Organisiert und angemeldet, ja von wem eigentlich?

Seit Jahren empören sich Einwohner und außerparlamentarische zivile Kräfte über ein Treffen, dessen Nützlichkeit zu vielen Fragen Anlaß gibt. Wer trifft sich in dieser Bannmeile, in der keine Proteste zugelassen werden? Es soll ja kein Teilnehmer dieses Treffens, die den inhaltsschweren Namen »Sicherheitskonferenz« führt, zu Schaden kommen. Für jene, die nicht eingeladen sind und sich trotzdem für das interessiert, was dort hinter verschlossenen Türen verhandelt wird, kennt die Schutztruppe keinen Pardon. ZUTRITT VERBOTEN!

Zur Sache: Diese aus Steuergeldern finanzierte und von Herrn Ischinger einberufene private Konferenz nannte sich anfangs noch »Wehrkundetagung«, an der insbesondere profilierte ehemalige Wehrmachtsgrößen teilnahmen. Jetzt ist sie ein Treffen vor allem von Spitzenvertretern der imperialistischen Aggressoren und Kriegstreiber aus aller Welt. Es ist nicht zu übersehen, daß auch hochdotierte Politiker europäischer und überseeischer Länder ihre Teilnahme für wichtig halten. Die Zielrichtung der Gespräche lag vordergründig in der Sicherung der westlichen Wertegemeinschaft, in der ein potentiell Mitglied Europas, die Russische Föderation selbst als Zuhörer nicht erwünscht war. Sicherheit im wahrsten Sinne des Wortes geht immer zwei oder mehr Seiten an, wenn sie dann von Gewähr sein soll. Da hat der Anspruch einer Seite, das Sagen haben zu wollen keinen Platz.

Solcherlei Gedankengänge, wie »Amerika first« sind mit »Sicherheit« Ansatzpunkte für nicht friedliche Auseinandersetzungen. Die selbst im atlantischen Bündnis NATO jüngst zu Tage getretenen Zerwürfnisse, hervorgerufen durch Alleinentscheidungen eines fast nicht mehr zurechnungsfähigen Präsidenten, zeigen die Unbrauchbarkeit von Versuchen, einseitig Sicherheiten herstellen zu wollen. Solchen Phantasien treten mit aller Entschiedenheit die bedrängten Länder im afroeurasischen Raum entgegen.

In Veranstaltungen zum 25. Jahrestag des Abzugs der sowjetisch-russischen Streitkräfte aus Deutschland hat der ehemalige letzte Stabschef der Westgruppe der Streitkräfte in Deutschland mehrfach betont: »Der Abzug der russischen Streitkräfte war eine, den Abkommen von Jalta und Potsdam, sowie dem 4+2-Vertrag nach, von der Regierung der Russischen Föderation einseitige auf gegenseitigem Vertrauen beruhende freiwillige Angelegenheit. Sie hatte mit der Anwesenheit ihrer Streitkräfte eine militärische Parität und über ein halbes Jahrhundert den Frieden in Europa gewährleistet. Durch Bruch der Abmachungen 1989/90 von westlicher Seite, wie das Vorrücken der NATO nach Osten bis dicht (60 km) an die russische Grenze und Verhängung von



Foto: HELMUT BRAUNSCHWEIG

Die beiden wichtigsten Generäle beim Truppenabzug, Generaloberst A. TERENTJEW (WGSSD) und General BAK, Beauftragter der Bundeswehr in der Diskussion auf der Veranstaltung anläßlich des 25. Jahrestages des Abzugs der sowjetisch-russischen Streitkräfte aus Deutschland

Sanktionen statt Wirtschaftsabkommen auf gleicher Augenhöhe u.v.a.m. ist es zur Zeit zu Bedrohungen, schlimmer als zu Zeiten des 'Kalten Krieges' gekommen, die zu berechtigten Ängsten bei der Bevölkerung, nicht nur Deutschlands, sondern in ganz Europa führte«.

Nimmt man die Ursachen für das Entstehen der gegenwärtigen gespannten wirtschaftspolitischen Situation unter die Lupe, dann fragt man sich: Wem dient die neuerliche sogenannte Sicherheitskonferenz (SiKo) in München? Die Antwort liegt nahe. Sie dient einzig und allein den herrschenden und auf Profit bedachten Kreisen der EU, am wenigsten den Völkern Europas. Sie ist eine Konferenz gegen die Interessen der lohnabhängigen Mehrheit der Menschen in ganz Europa einschließlich Rußland. Warum muß sie dann auf Kosten der Steuergelder unseres Landes stattfinden?

Liebe Bürger, es ist wieder an der Zeit mit den Füßen abzustimmen. Abgeordnete, dieses Geld gehört in die miesen Verkehrs-, Bildungs- und Wohnungsverhältnisse gesteckt. Da ist es besser aufgehoben als in militärische Manöver, wie das bevorstehende bzw. schon begonnene DEFENDER 2020, was nur Unsummen kostet, dabei Zerstörung und Unmut mit sich bringt. Und letztlich dazu angetan ist, auf unserem Boden wieder einen verbrecherischen Krieg vorzubereiten.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Buchhandlung, Antiquariat, Lesecafé *Poetry for Future?*

Anja Utler »kommen sehen« · Lyrikperformance
Wie ist es, wenn Dichter streiken? Sie arbeiten. Denn es macht keinen Sinn, wenn Menschen, die die Krise thematisieren müssen, angesichts der Krise verstummen.

Sonntag, dem 26. Januar, 15 Uhr, im Lyrikhaus
Glockenstraße 23 · 16247 Joachimsthal · 10 Euro

Gegen NATO-Manöver

Im Januar starten die Truppentransporte im Rahmen des NATO-Großmanövers »Defender2020«, das bis Mai insgesamt 37.000 Soldaten in einer militärischen Machtdemonstration an den russischen Grenzen versammelt.

Das ist nicht nur in der Terminwahl angesichts des 75. Jahrestages der Befreiung Deutschlands vom Faschismus unsensibel – es ist ein fatal falsches Signal. Eine friedliche Entwicklung Europas kann es nur mit Rußland, nicht gegen Rußland geben.

DIE LINKE.Brandenburg wird sich diesem militärischen Machtspiel daher konsequent entgegenstellen. Schon zum Auftakt der Manöver werden wir Zeichen setzen und in den kommenden Wochen zu vielfältigen Aktionen aufrufen. Brandenburg darf nicht zum Aufmarschgebiet nach Osten werden. Deswegen trifft dieses Manöver auf unseren entschiedenen Widerstand! Wir rufen unsere Mitglieder und alle friedliebenden Brandenburgerinnen und Brandenburger auf, sich an den vielfältigen Protestaktionen in den kommenden Wochen zahlreich zu beteiligen!

ANJA MAYER, Landesvorsitzende
STEFAN WOLLENBERG, Landesgeschäftsführer
RONNY KRETSCHMER, Landesschatzmeister

Therapie für Kriegstreiber

Ich bin 96 Jahre alt und habe den 2. Weltkrieg 6 Jahre lang er- und überlebt. Mit dieser Erfahrung möchte ich zumindest meine Gedanken zu diesem verantwortungslosen, unverschämten Vorhaben äußern.

Meine Vorbereitung zum Manöver wäre: Therapien für alle Kriegstreiber! In einem großen Irrenhaus, einen Luftschuttkeller einrichten, mit genügend Sitzmöglichkeiten und Matratzen zum Schlafen. Tag und Nacht Kriegsfilme, große Bildfläche, wo man Angst bekommt, daß einen die Panzer überrollen. Alle 30 Minuten Fliegeralarm (1943 wurde meine Tante mit ihrem Baby in ihrem Luftschuttkeller verschüttet, als eine Zehn-Zentner-Bombe auf das Haus fiel). Jeden dritten Tag ein Mittagessen (keine gebratenen Hähnchen, nur Brot), Kaffeeersatz auf Wunsch.

Ich möchte wetten, wenn alle Kriegshelden acht Wochen lang so eine Therapie bekämen, daß dann einige doch den Mörderjob meiden würden.

Aktuell ist ein großes Manöver in Vorbereitung. Eine ganze US-Division soll an die russische Grenze verlegt werden und dort gemeinsam mit anderen NATO-Streitkräften den Krieg üben. Das erste Mal seit 1941 wird eine solche Menge an schwerbewaffneten Truppen im Baltikum und in Polen mit klarer Stoßrichtung in Richtung Ost konzentriert.

Wann wird endlich für alle Menschen die Völkerfreundschaft über die Kriegshetze gewinnen?

ELISABETH MONSIG, die rote Oma

Gewaltfreie Kommunikation VI

Auch unser Gesprächspartner äußert seine Wünsche, Bedürfnisse, Erwartungen und Gefühle uns gegenüber. Aber kommen seine Botschaften auch richtig bei uns an? Wir erhöhen die Chance, das Wesentliche zu verstehen mittels *empathischem Hören*. In unserem Alltag hat zuzuhören mehr damit zu tun, zu warten bis man dran ist und seine Sicht der Dinge darlegen kann. Wir ringen um ein »entweder du oder ich«, denn jeder der Gesprächspartner möchte seine eigenen Bedürfnisse und Gefühle »durchsetzen«.

Durch empathisches Zuhören kommt wieder Fluß in die Kommunikation, anstatt weiter zäh zu diskutieren und immer wieder die eigene Sichtweise zu wiederholen. Ihr Gegenüber kann nun klarer zum zentralen Punkt kommen. Empathisches Zuhören hat mehrere Vorteile: a) Ihnen wird klar, welche Bedürfnisse der andere hat, das sind schon mal fünfzig Prozent, um eine *Win-Win-Lösung* zu bekommen. b) Ebenso steigen Ihre Chancen, Gehör zu finden. c) Denken Sie daran: Jeder Mensch möchte gerne verstanden werden. Zuerst muß die Beziehung zum anderen stabil sein und über eine gute Vertrauensbasis verfügen, erst dann ist es sinnvoll, das Problem zu lösen. Alles andere führt nur zu »faulen Kompromissen«, die nicht lange Bestand haben werden. d) Nun klärt sich, an welchen Punkten Sie etwas nicht richtig verstanden haben.

Wenn bei Ihnen besonders starke Gefühle wie Angst, Ärger oder gar Wut ausgelöst werden, dann empfiehlt es sich, mindestens sieben Sekunden zu warten, bis Sie verbal reagieren. Das überbrückt die Zeit, die ihr System braucht, um aus dem Überlebensmodus – Angriff, Flucht, Verteidigung oder sich totstellen – herauszukommen.

Empathie bedeutet, die Welt des Gesprächspartners mit seinen Augen zu sehen. Dies beinhaltet die Bereitschaft, ihm zu zeigen, daß mich das, was er zum Thema zu sagen hat, interessiert, weil Sie an einer *Win-Win-Lösung* interessiert sind. Dazu ist es unerlässlich, ihn mit seinen Beobachtungen, Gefühlen, Bedürfnissen und Bitten ernst zu nehmen.

Aber wir brauchen auch Verständnis für uns selbst, gerade besonders dann, wenn Menschen sich anders verhalten, als wir es gerne möchten. Deshalb: Nehmen Sie auch Ihre Gefühle wahr und damit sich selbst ernst. Das größte Problem der Empathie ist, daß einem ständig die eigenen Gefühle und Gedanken in die Quere kommen. Solange Sie zuhören, ist es ratsam, die eigenen Gefühle und Bedürfnisse hinten anzustellen, denn so spürt Ihr Gesprächspartner, daß Sie sich für seine Sicht der Dinge wirklich interessieren.

Woran erkennen wir, daß der andere genug Empathie bekommen hat? Wenn sich der andere in der Stimme entspannt, oder er sich erleichtert hinsetzt oder aufhört zu reden, weil eben alles Wichtige gesagt wurde.

FALK HINNEBERG (www.hinneberg.info)

Oberleitungs-LKW in Eberswalde?

Elektrisch betriebene Lastkraftwagen sind eine Vision, um den Verbrauch fossiler Brennstoffe zu reduzieren. Batteriebetrieb kommt für LKW von vornherein kaum in Frage, weil die für die Fortbewegung der Schwerlasten notwendige Energiemenge Riesenspeicher erfordern würde, womit dann solche Batterie-LKWs kaum noch Nutzlast transportieren könnten. Somit lag es nahe, Anleihen bei Bahn und Obus zu nehmen.

An insgesamt drei Autobahn-Abschnitten wurden in den vergangenen Jahren Oberleitungen für LKW gebaut, um anhand eines Feldversuches Vor- und Nachteile von LKW, die per Oberleitung elektrisch betrieben werden, zu ergründen. Der Bau der Projekte verlief nicht optimal und auch jetzt, nachdem die Oberleitungen fertig sind, verzögerte sich der Versuchsbetrieb. Zunächst waren bauliche Mängel zu beseitigen, dann kam die Firma, welche die Oberleitungs-LKW liefern sollte, nicht mit der Produktion hinterher. Für die 5 Kilometer lange Teststrecke in Schleswig-Holstein soll nun ab Anfang Januar wenigstens ein LKW für vier Touren pro Tag bereitstehen.

Das Projekt zeichnet sich zudem durch erhöhte Unfallgefahren infolge der Masten und erschwerte Hilfeleistung beispielsweise durch Rettungshubschrauber (die wegen der Oberleitungen nicht auf der Autobahn landen können) sowie nicht zuletzt durch enorme Kosten aus. Für den Ferngüterverkehr dürfte sich aus Umweltsicht immer noch die Bahn am besten von allen möglichen Verkehrsträgern eignen.

Güterstraßenbahn in Dresden

Etwas anders sieht die Sache im innerstädtischen Kurzstreckenverkehr aus, insbesondere wenn regelmäßige Touren bedient werden müssen und die entsprechenden Netze vorhanden sind. Hier hat der Autokonzern VW in Dresden im Zusammenwirken mit den Dresdner Verkehrsbetrieben bereits eine innovative und bislang wohl einzigartige Idee verwirklicht: Die Güterstraßenbahn (CarGoTram). Als VW um 2000 in Dresden mitten im Stadtgebiet seine »Gläserne Manufaktur« errichtete, stand die Frage, wie die Einzelteile vom Logistikzentrum am Bahnhof Dresden-Friedrichstadt zur Glä-

sernen Manufaktur am Großen Garten transportiert werden. Weil die Route direkt durch die Stadt verläuft und man den Transport der Bauteile mit Lkw vermeiden wollte, entschied man sich schließlich für den Bau von zwei Güterstraßenbahnzügen. Nachdem es schon massive Proteste gegen eine innerstädtische Belieferung mittels LKW gegeben hatte, beschloß der Dresdner Stadtrat dies als Auflage für die Nutzung des Produktionsstandortes Gläserne Manufaktur. 2021 feiert die Dresdner Güterstraßenbahn ihr 20jähriges Jubiläum.

In Eberswalde gibt es keine Straßenbahn, aber Oberleitungen für den Obus. Wäre hier vielleicht auch eine Nebennutzung durch elektrisch betriebene LKW möglich?

Einen entsprechenden Vorschlag gab es auf der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen (AWF). Die Fraktion FDP/BFB hatte im Rahmen eines Änderungsantrags zum Haushaltsplan 2020/21 die Einführung des neuen Produktes 51.13 »Räumliche Entwicklung/Förderung der Elektromobilität/Gestaltung der Verkehrswende« vorgeschlagen, was mit einem Betrag von 100.000 Euro pro Jahr unterlegt werden soll. Diese sollen insbesondere dazu dienen, erläuterte GÖTZ TRIELOFF, um den notwendigen kommunalen Eigenanteil für die Nutzung der von der Bundesregierung in Aussicht gestellten Förderprogramme zur Verfügung zu haben. Dabei gehe es keinesfalls ausschließlich um Ladesäulen für E-Mobile. Eberswalde verfüge über langjährige Erfahrungen mit dem Betrieb der Obusse. Unter Nutzung dieser Erfahrungen könnte die Stadt beispielsweise auch Projekte unterstützen, in denen es um die Entwicklung eines oberleitungsgebundenen LKW-Verkehr geht.

Die Nutzung des Oberleitungsnetzes für den Lastverkehr öffnet gegebenenfalls auch Chancen für eine Erweiterung des Netzes mit Umlademöglichkeiten auf die Bahn und dem Anschluß an Gewerbegebiete ohne Bahnanschluß. Das könnte dann auch dem Personenverkehr mittels Obus zugute kommen.

Auf Nachfrage von OSKAR DIETTERLE (Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur) bekräftigte Trieloff ausdrücklich, daß der Begriff »Verkehrswende« auch andere Energieträger einschließt, wie beispielsweise von Wasserstoff angetriebene Kraftfahrzeuge, aber auch die Förderung von Lastenrädern, was die sachkundige Einwohnerin Sarah Polzer-Storek angemerkt hatte. Im AWF fand der Änderungsantrag der Fraktion FDP/BfB eine Mehrheit bei mehreren Enthaltungen durch DIE LINKE und Bündnis Eberswalde sowie einzelnen Stadtverordneten anderer Fraktionen.

GERD MARKMANN

Holztag in Wukania

Vom 31. Januar bis 9. Februar finden in der Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit (Wukania, Ruhlsdorfer Str. 45, 16359 Biesenthal) die diesjährigen Brennholztag statt. Gemeinsam wird gesägt, gespaltet und gestapelt, mit Hand und Maschine.

Zu den Holztagen in Wukania freuen wir uns über alle Geflüchteten oder hier gebliebenen Menschen, die etwas Zeit mit fröhlicher Draußenarbeit und geselligem Beisammensein drumherum verbringen wollen.

Zum Abendprogramm gehören Sauna, spielen und quatschen. Mitzubringen sind Schlafsack, Arbeitsschuhe und Arbeitskleidung. Bitte meldet Euch an, egal ob ihr tageweise oder die ganze Zeit dabei seid (eMail: holz@gegenseitig.de). Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit

Der Mensch und sein Wohnumfeld (VIII)

Gesellschaftspolitische Problematik

Der Privatbesitz an Grund und Boden führt zu einer Nutzung des Bodens, die den höchsten Profit bringt. Alle Wohnfolgeeinrichtungen, die keinen direkten Gewinn einbringen, sind am schlechtesten repräsentiert: fehlende Kinderspielplätze, fehlende kollektive Einrichtungen für Erwachsene, fehlender Freiraum sind die Folge.



FOTO: JURGEN GRANITZOW

Die Wohnungsgenossenschaft Eberswalde 1893 eG bietet Kultur im Kiez. Sie läßt zwei Leerwohnungen in dem zum Abriß vorgesehenen Wohnblock in der Brandenburger Allee professionell »bespielen«. Bis zum Abriß finden hier regelmäßig Ausstellungen und Kulturevents statt.

Staatliche Regelungen durch Gesetze setzen zum Teil falsche Prioritäten. Die Bauordnung für Berlin 1985 schreibt bei Errichtung von Gebäuden mit mehr als 3 Wohnungen die Anlage eines Spielplatzes vor. Andere wichtige Wohnfolgeeinrichtungen werden in der Gesetzgebung hingegen nicht berücksichtigt. Sie sind lediglich der Initiative der Architekten und Wohnungsbaugesellschaften anheimgestellt, wie z.B. Gemeinschaftseinrichtungen für Bewohner.

Die Isolierung der Bewohner steht einer Kommunikation und Kollektivierung in der Wohnsiedlung entgegen. Die Bedeutung der Gruppe über den privaten Haushalt hinaus – wird von den einzelnen Bewohnern nur wenig erkannt. Erziehungs- und Emanzipationsprozesse sind nötig, Ängste müssen überwunden werden, Schwierigkeiten in der Kommunikation abgebaut werden (Ursachen: Vermassung, Zwang). Eine Entwicklungsplanung anstelle einer Anpassungsplanung könnte unter Mitwirkung der Bewohner selbst besser vorgenommen werden. Eine Aktivierung der Bürger zur Zusammen-Freizeit-Bewältigung in den Wohnfolgeeinrichtungen wäre erforderlich.

Beispiele für eine gelungene Nutzung von Wohnfolgeeinrichtungen sind sogenannte sozial-kulturelle Zentren. Sie sind durch Bewohner selbst, oft initiiert durch Sozialarbeiter und Sozialpädagogen, ins Leben gerufen worden und werden von ihnen selbst verwaltet. Die meist ursprünglich für andere Zwecke bestimmten Gebäude (Lager-, Fabrik-, Auktionshallen) werden von den Bewohnern selbst gestaltet, eingeteilt und neuen inhaltlichen Bestimmungen übergeben. Die Inhalte ergeben sich aus

den aktuellen Bedürfnissen nach Entspannung, Sozialkontakten, Information. Es gibt Ecken für Beratungen und Erfahrungsaustausch in Sachen Mietrecht, Wohngeld, Erziehung, Probleme des Zusammenlebens, Probleme am Arbeitsplatz (Beispiele: Die Hamburger Fabrik, Die Börse in Wuppertal, das KOMM in Nürnberg, das Esch-Haus in Duisburg, die Lagerhalle in Osnabrück). Gemeinsame Zielsetzung: Treffpunkte zu sein, Kultur und Kommunikation, Geselligkeit und soziale Verantwortung zu verbinden und das eine für das andere zu nutzen. Sozial-kulturelle Zentren wollen soziale Hilfestellung geben und zur Kultur befähigen.

Hilfestellung soll gegenseitig gegeben werden, Kultur soll nicht konsumiert werden, sondern als geistiges Klima entstehen. Besonders den sozial unteren Schichten muß erst die Schwellenangst vor Theater, Bücherei, Konzert und Diskussionsabend genommen werden. Spontane Beteiligung und Offenheit des Tuns sollen animieren, sollen »Kultur auf Schleiwegen« vermitteln.

Epilog

Die Gesetze des Lebens sind nicht vom Menschen gemacht. Die Menschen können nur mit diesen Gesetzen leben. Handeln sie dagegen, so sind sie auf Dauer immer die Verlierer.

Das Grundproblem der ökologischen Krise: Das westliche Konsummodell basiert auf Verschwendung und Verschleiß (Produktion von Unmengen sinnloser und/oder schädlicher Güter) und Stimulation der Konsumenten zum Kauf dieser Produkte, Unterwerfung der Natur und hemmungslose Ausbeutung der natürli-

chen Ressourcen. Deswegen ist es zu einer kritischen Situation in der Mensch-Biosphäre-Beziehung gekommen. Der Wohlstand der reichen Nationen ist den Armen und Hungernen und unseren Nachkommen gestohlen. Der ökonomische und ökologische Niedergang und die Armut werden sich weiter drastisch erhöhen. »Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihr Besitzer, ihr Nutznießer und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.«*

Was ist zu tun? Die Antwort können wir uns selbst geben! Wir müssen nur unsere Kinder und Enkel, besonders die der Ärmsten der Armen, fragen, ob sie mit der Welt zufrieden sind, die wir ihnen hinterlassen. Nicht er und sie müssen handeln, sondern ich, du, wir alle müssen unser Leben im Sinne einer radikalen Ökologie ändern:

- Verzicht auf die Befriedigung aller eingebil-deten und eingeredeten Bedürfnisse, einschließlich des Bedürfnisses auf Bequemlichkeit (nicht unbedingt notwendige PKW-Fahrten, Einwegverpackungen,...),
- schonender und sparsamer Umgang mit allen Ressourcen (Material, Energie, Bodenflächen),
- verantwortungsbewußter Umgang mit Schadstoffen (auch und vor allem mit CO₂),
- Unterstützung der Kinder in ihren Forderungen gegenüber den Politikern und in ihrer Öffentlichkeitsarbeit durch uns Erwachsene,
- Konsequente Anwendung des Verursacherprinzips.

Die Wirtschaftstätigkeit muß ihre Umweltkosten in Rechnung stellen. Laut ADN (entsprechend einer Untersuchung des UPI Heidelberg) wurden in der Bundesrepublik Deutschland Anfang der 1990er Jahre Umweltschäden in Höhe von umgerechnet knapp 250 Milliarden Euro pro Jahr erzeugt. Der Verkehr war mit rund 150 Milliarden an diesem Schaden beteiligt. Müßten die ökologischen und sozialen Kosten beim Kauf von umweltschädigenden Gütern mitbezahlt werden, so betrüge der Preis eines VW Golf C das Vierfache von dem, was damals zu zahlen war (21.500 DM), der Literpreis von Benzin hätte damals auf 5,70 DM ansteigen müssen. Die Grünen, als sie von 5 DM pro Liter sprachen, brachen damals bei der Bundestagswahl ein.

Klare Entscheidungen durch die Politiker sind notwendig, orientiert auf die langfristige Überlebensfähigkeit der Menschheit.

Und was kann jeder selbst tun?

1. Verständnis für ökologische Belange durch Bildung,
2. Einfluß erweitern, z.B. auf Kinder,
3. Selbst Vorbild sein,
4. Sorgsamer Umgang mit Schadstoffen.

Es ist dringend erforderlich, die Menschen von einem passiven Umweltverhältnis zu einem aktiven Umweltbewußtsein zu motivieren.

KLAUS MEIßNER

* Karl Marx: Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 784

Philosophie-Kreis Eberswalde:
»Demokratie«

Das Demokratie-Mobil der Koordinierungsstelle »Tolerantes Brandenburg/Bündnis für Brandenburg« tourt durch die Lande, um für Demokratie, Vielfalt und Toleranz zu streiten. Daraus folgt: Was wir für selbstverständlich halten, scheint nicht so selbstverständlich zu sein. Es lohnt sich, einmal tiefer nachzubo- hren. Deshalb wollen wir uns bei unserem näch- sten Treffen mit »Demokratie« beschäftigen.

Was ist das eigentlich, Demokratie? Wie ist sie historisch entstanden? Warum ist sie so viel besser als andere Staatsformen? Welche Bedin- gungen muß ein Staat erfüllen, um sich Demo- kratie nennen zu können? Und: Sind diese Bedin- gungen bei uns erfüllt? Und: Lehnen die Gegner der Demokratie diese Staatsform gene- rell ab – oder nur die aktuelle Ausprägung?

Wir treffen uns am Freitag, den 24. Januar, wieder um 19 Uhr in der Stadtbibliothek, Puschkinstraße 13.

PETER RICHTER,
Philosophie-Kreis Eberswalde

300. Ausstellung Kleine Galerie:
Befindlichkeiten V

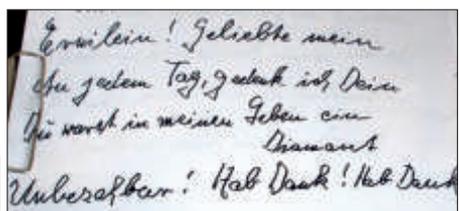
Eberswalde (bbp). Am 29. Januar eröffnet um 18 Uhr die 300. Ausstellung in der Kleinen Ga- lerie der Stadt Eberswalde seine Pforten. Nach dem Umbau der Sparkasse hat die Kleine Ga- lerie wieder ihren Platz im SparkassenForum in der Michaelisstraße 1 gefunden. »Befindlichkei- ten V« nannte Matthias Steier seine Präsentati- on. Einführende Worte hält der Publizist Uwe Stiehler und für die musikalische Umrahmung sorgt der Jazzmusiker Sören Gundermann.

Erna und Kurt Kretschmann

Vor 13 Jahren, am 20. Januar 2007 starb Kurt Kretschmann. Seine Frau Erna starb vor 19 Jahren am 6. Januar 2001.

Kurt Kretschmann schrieb bis zu seinem Tod regelmäßig Beiträge für die »Barnimer Bürger- post«. In den letzten Jahren – er war fast erblin- det und Ernas Unterstützung, die in all den Jahren davor seine Texte per Schreibmaschine vervielfältigt hatte, fehlte ihm – schrieb er sei- ne Gedanken oftmals in Gedichtform nieder, wie er es schon in den 1930er Jahren getan hatte, nachdem er 1933 seinen Job hinschmiß, um keine Uniformen schneidern zu müssen.

Auch die tiefe Liebe zu seiner Frau drückte er in Versen aus:



Erinnerungen bewahren

Das Archiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Roten Finowtal (AGARF)

Das AGARF tauchte erstmals im Herbst 2018 in den Quellenangaben zur Artikelserie zum 100. Jahrestag der Novemberrevolution auf. Damals gehörten zu dem ARCHIV ZUR GESCHICHTE DER ARBEITBEWEGUNG IM ROTEN FINOWTAL neben den privaten Sammlungen des Autors und Dokumenten aus dem Nachlaß seines Bruders als bedeutender Bestandteil vor allem das Archiv von PHILIPP WEHR, dem Sohn von Philipp Zopf, der vor allem 1918 bis zu sei- nem Tod während der Abwehr des Kapp-Put- sches 1920 eine bedeutende Rolle in der Arbei- terbewegung im Finowtal spielte.

Inzwischen sind weitere Nachlässe hinzuge- kommen, beispielsweise der von Dieter Kemp- fert, der sich in der »Barnimer Bürgerpost« mehrfach auch zu historischen Themen zu Wort meldete. Das zusammengetragene Mate- rial konnte auch schon für externe Forschun- gen zur Verfügung gestellt werden, wie den Un- tersuchungen von Dr. Barbara Dröscher, nach Material über die Zusammenarbeit ihres Vaters mit Philipp Wehr über die Rolle von Nazi- kriegsverbrechern in der BRD suchte. Philipp Wehr und Dröscher Senior arbeiteten Ende der 50er Jahre gemeinsam als SPD-Bundestagsab- geordnete an dem Thema.

Es wird nun Zeit, diesen bislang privaten Sammlungen einen organisatorischen Rahmen zu geben, um den Schatz an Informationen auch dauerhaft der Nachwelt zu erhalten. Zu-

gleich sollen die Archivinhalte aber auch in ge- eigneter Weise der Öffentlichkeit zugänglich werden, durch Publikationen und wenn mög- lich in digitaler Form.

Dabei könnte das ARCHIV ZUR GESCHICHTE DER ARBEITBEWEGUNG IM ROTEN FINOWTAL zumindest zunächst als Projektbereich im Rah- men des Vereins Barnimer Bürgerpost e.V. be- trieben werden. Die formalen Strukturen eines »Projektbereichs Rotes Finowtal« sind im Verein bereits seit längerem vorhanden. Faktisch funktioniert das Archiv schon seit mehreren Jahren ohne äußere Organisationsstruktur und vor allem finanziell autark. Diese Organisation – oder besser gesagt: Nicht-Organisation – stößt aber nun langsam an ihre Grenzen, nicht zuletzt an räumliche Grenzen. Zumal weitere Zustiftungen bereits angesagt sind.

Letzteres soll hiermit durchaus und aus- drücklich angeregt werden. Neben dem eigent- lichen Archivgut ist es potentiellen Zustiftern vielleicht möglich, dem AGA Rotes Finowtal mit finanziellen Beiträgen auch materielle Grundlagen für den Fortbestand der Archiv- Sammlungen zu schaffen. Die mit dem Ver- merk »Rotes Finowtal« oder »AGARF« bezeich- neten Spenden werden beim BBP-Verein auch garantiert dem Projektbereich »Rotes Finowtal« gutgeschrieben. Kontakt: agarf@barnimer- buergerpost.de oder über die Redaktion.

GERD MARKMANN

Leben in Kapitalismus und Sozialismus

Ich wurde 6 Jahre nach dem Ersten und 15 Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg geboren, erlebte dann 6 Jahre Krieg und seine Folgen. Daher muß ich mich zu Wort melden:

Angst vor Bomben und Feuer, Hunger und Trauer, Besatzung, die Nachkriegszeit ohne Strom, ohne fließendes Wasser, Versorgung wo man für ein Brot 40 Reichsmark hinblättern mußte. Eine Zeit, in der mich im August 1945 ein alter Genosse mit seinem Fahrradanhänger, hochschwanger drei Kilometer zum Kranken- haus zur Entbindung gefahren hat. Will mich da noch jemand fragen, warum ich etwas gegen Rüstungsbosse und Kriegstreiber habe?

Leider nehmen viele brave Bürger das alles als nicht zu ändern hin – es war und ist eben immer so! Als ich 1954 mit meinen beiden Kindern in den sozialistischen Staat, in die DDR, kam, war der Unterschied zum kapitali- stischen Staat eine angenehme Überraschung.

Am dritten Tag schon hatte ich meinen Ar- beitsvertrag in einem volkseigenen Betrieb in der Tasche. Die Kinder gingen in eine 10-Klas- senschule (gab es damals in der BRD nicht). Sie bekamen täglich ihr Mittagessen im Kin- derhort und blieben dort bis zu meinem Feier- abend (ich bekam im Betrieb Mittagessen für 0,80 DDR-Mark, mit Kompott oder Pudding 1 Mark). Wir waren in einem Arbeiter- und Bau- ernstaat gelandet.

Angekommen waren wir nur mit Rucksack und Koffer. Ich bekam einen zinslosen Kredit von 1500 Mark zur Anschaffung eines kom- pletten Doppelschlafzimmers, Küchenschrank, Tisch und Stühle und dazu ein sehr großes Zimmer, ein fernbeheiztes Bodenzimmer für 15 Mark monatlich. Zu den Schulferien stellte mich der volkseigene Betrieb frei, um zur Kin- derbetreuung mit ins Ferienlager des VEB Mi- neralölwerk Lützkendorf in Großbreitenbach in Thüringen zu fahren. Mein Gehalt lief wei- ter. Und jeden Monat gab es einen bezahlten Haushaltstag.

Ab 1. Januar 1984, mit 60 Jahren, bekam ich Altersrente. Damit entfielen sofort die Beiträge zur Krankenkasse und die Rundfunkgebühren. Mit dem Rentenausweis hatte man halbe Fahr- preise in Bus und Bahn sowie für kulturelle Veranstaltungen.

Der »goldene Westen« war für meine Begriffe ein Sumpfloch, in dem sich Ausbeuter und Be- trüger, korrupte Geldgierige wohl fühlen konn- ten. Die DDR war dem Westen menschlich, kulturell humanistisch dem Frieden dienend, haushoch überlegen.

ELISABETH MONSIG, die rote Oma

Sozial, friedensorientiert, weltoffen, klimagerecht

Nach enttäuschendem Wahlergebnis 2019 hat sich DIE LINKE.Bernau neu aufgestellt



FOTO: DIE LINKE.BERNAU

Zu den gleichberechtigten neun Mitgliedern des neuen Stadtvorstandes der Bernauer LINKEN gehören Regina Blaneck, Hildegard Bossmann, Jutta Helbig, Michelle Petroll, Norbert Hollmann, Thomas Sohn, Marek Lipp, Matthias Holz, Martin Günther.

DIE LINKE.Bernau will als starke Mitgliederpartei weiterhin Bernau entscheidend mitgestalten – sozial gerecht, friedensorientiert, weltoffen, klimagerecht. Dazu haben wir mit der Wahl des neunköpfigen Vorstandes die Weichen gestellt. Wir wissen, daß ein Vorstand nicht allein entscheidend mitgestalten kann, dazu braucht es alle 136 Mitglieder des Stadtverbandes und viele aktive Sympathisantinnen und Sympathisanten. Wir werben um eine aktive Mitarbeit aller Bernauerinnen und Bernauer, die nicht nur Bernau sozial, friedensorientierter, weltoffen, klimagerecht mitgestalten wollen. Es geht um eine Neuaufstellung als Partei, um auch in Zukunft die Probleme der Stadt gemeinsam mit den Bernauerinnen und Bernauern lösen zu können. Wir wollen Partner sein für diejenigen, die Bernau im Sinne einer solidarischen, gerechten und weltoffenen Stadt aktiv mitgestalten wollen.

Für uns gilt nach der Wahl, was wir vor der Wahl gesagt haben: Wir werden uns auch unter schwierigeren Bedingungen einsetzen für

Chancengleichheit aller Bernauer Kinder und Jugendlichen, dazu werden wir uns auch weiterhin für den Bau neuer Kitas einsetzen. Angesichts der Mietsteigerungen von 20% seit 2015 bei Neuvermietungen in Bernau werden wir die Frage nach bezahlbarem Wohnraum im Auge behalten. Und wir werden uns aktiv in die Lösung der Verkehrsprobleme in Bernau einbringen.

Konkret wollen wir uns auch beispielsweise für die Entwicklung des Konversionsgelände an der Schwanebecker Chaussee sowie den Bau einer Veranstaltungshalle am Ladeburger Dreieck einsetzen.

Wir bedanken uns bei den bisherigen Mitgliedern des Stadtvorstandes, die nicht mehr zur Wahl angetreten sind, für ihre tatkräftige Arbeit. Mit dem neuen breit aufgestellten Stadtvorstand blicken wir kraftvoll in die Zukunft. Denn uns erwarten wichtige und schwierige Aufgaben nach diesem für uns nicht leichten Wahljahr 2019.

MARTIN GÜNTHER

Bundesverdienstkreuz für Uta Leichsenring

Potsdam (bbp). Die einstige Eberswalder Polizeipräsidentin Uta Leichsenring trägt seit dem 9. Dezember 2019 das »Verdienstkreuz am Band«. Das teilte die Polizei Brandenburg mit. Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) hat ihr die Auszeichnung des Bundespräsidenten überreicht. Er erinnerte insbesondere an »ihr Wirken in der friedlichen Revolution 1989/90«. Uta Leichsenring hatte sich 1989/90 aktiv an der Auflösung der Staatssicherheit beteiligt und hatte »einen wesentlichen Anteil daran, daß die Stasi-Unterlagen im Bezirk Potsdam vor der Vernichtung bewahrt wurden«. Nach ihrem Engagement in dem von der Modrow-Regierung eingerichteten Staatlichen Komitee für die Auflösung des Ministeriums der Staatssicherheit der DDR – ein Job, der im März 1990 erledigt war – machte sie weiter Karriere

als Bezirksbeauftragte des Volkskammer-Ausschusses zur Auflösung der Staatssicherheit.

1991 bekam sie neue Aufgaben als Polizeipräsidentin in Eberswalde. Nach dessen Auflösung war sie zunächst Polizeipräsidentin in Potsdam, um sich nach 2005 wieder ihrem Ursprungsthema Stasi zu widmen. Bis 2014 leitete sie die Stasi-Unterlagen-Außenstelle in Halle und ging dann in den wohlverdienten und gut bezahlten Ruhestand.

Leichsenring engagierte sich jahrelang gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt. Sie hat das »Netzwerk für ein tolerantes Eberswalde« mitinitiiert (in der Polizeipressemitteilung steht: sie initiierte das Netzwerk), ist Mitglied im Stiftungsrat der Amadeu-Antonio-Stiftung, Gründungsmitglied der Bürgerstiftung Barnim-Uckermark u.v.m.

Freie Wähler Schorfheide:

Bessere ÖPNV-Versorgung

Wir fordern eine bessere ÖPNV-Versorgung der Gemeinde, insbesondere die Anbindung und die Verknüpfung der einzelnen Ortsteile miteinander sowie die Anbindung der Heidekrautbahn durch die Barnimer Busgesellschaft.

Ein erster kleiner Schritt zum verbesserten ÖPNV Angebot war die Umstellung der Linie 910 Finowfurt nach Eberswalde auf eine Stadtlinie. Darauf haben unter anderem wir lange Zeit hingewirkt und begrüßen dies ausdrücklich. Unsere Vorstellung zu einer besseren ÖPNV Versorgung in der Gemeinde Schorfheide geht aber deutlich weiter. Viele Ortsteile genießen heute nur die Anbindung durch die Schulbuslinie 905 und auch die Heidekrautbahn ist nur schwer von Finowfurt und anderen Ortsteilen aus erreichbar. Aus Sicht der Teilhabe am öffentlichen Leben unserer Bürgerinnen und Bürgern ist dies deutlich zu wenig.

Daher fordern wir als FREIE WÄHLER SCHORFHEIDE weitere Schritte zur Verbesserung des ÖPNV-Angebots in der Gemeinde und reichen zur kommenden Sitzung der Gemeindevertretung einen Prüfauftrag an die Verwaltung ein. Darin fordern wir die Evaluierung eines **Zweistundentaktes** der Linie 910 **nach Groß Schönebeck** über Eichhorst, um einen täglichen Zwei-Stunden-Anschluß an die Heidekrautbahn zu ermöglichen. So ergibt sich nicht nur eine bessere Anbindung der Orte Groß Schönebeck und Eichhorst an Finowfurt und Eberswalde, sondern auch in die Gegenrichtung zur Heidekrautbahn und dem HeideLiner, welcher am Wochenende den Wildpark und Kletterwald anbindet, was unseren touristischen Angeboten zugute kommen sollte.

Desweiteren fordern wir eine Evaluierung der **Verlängerung** der Buslinie 910 **nach Marienwerder** zur dort endenden Buslinie 890 aus Bernau oder eine Verlängerung dieser bis Finowfurt. Hiermit soll eine Anbindung der Schorfheider als auch der Eberswalder nach Bernau gewährleistet und auch das Fachmarktzentrum besser erreichbar gemacht werden. Alternativ wäre in beiden Fällen ein Ausbau der Schulbuslinie 905 zu einer vollwertigen Buslinie im Zweistundentakt über Eichhorst nach Finowfurt und über Marienwerder zum Fachmarktzentrum mit garantiertem Anschluß und Umsteigepunkt zur Buslinie 910 zu prüfen.

Um eine breite Mitgestaltung und auch Zustimmung der anderen Fraktionen zu ermöglichen, werden wir unseren Antrag zuvor sowohl in den Bauausschuß als auch den Sozialausschuß und im Hauptausschuß beraten lassen und hoffen auf eine breite Zustimmung. Unser Antrag soll die Möglichkeiten durch eine Prüfung seitens der Gemeindeverwaltung in Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung und der BBG aufzeigen sowie mögliche Kosten ermitteln und feststellen, zu wann dies umgesetzt werden kann.

SVEN WELLER

Fraktionsvorsitzender Freie Wähler Schorfheide

Irish-Folk-Konzert

»Café Hier & Jetzt« Oderberg

ULI KIRSCH ist einer der »alten Hasen« des Irish Folk in Deutschland. Er spielt irische Folksongs, als wäre er damit aufgewachsen. Er sieht aus wie ein Ire und singt wie ein Ire – sogar Iren halten Uli Kirsch für einen der ihren.

Dieser starke Eindruck entsteht neben der Sprache durch seine gewaltige, rauchige Stimme und die Leidenschaft, mit der er seine Songs spielt. Er zählt spürbar zu der fast ausgestorbenen Gattung des Bardens, der in Kneipen spielt, Leute zum Mitmachen animiert und seine Lieder »aus dem Bauch heraus« singt. Seit 1982 ist er so im In- und Ausland unterwegs und spielt in Kneipen, Liveclubs, Jugendzentren, auf Kleinkunsthöfen, bei Festivals, in Rundfunksendungen, zu Feierlichkeiten aller Art... und nicht zuletzt auch auf der Straße.

Wenn er sein irisches Programm spielt, dann umfaßt das gesamte Spektrum irischer Folksongs: traditionelle Balladen über das Leben in Irland mit seiner Lebensfreude, aber auch dem Jahrhunderte währenden Leid der Iren, genauso wie Rebelsongs, Liebeslieder, Tanz- und Trinklieder und auch zeitgenössische Musik von Christy Moore, Andy Irvine oder The Brandos. Bei den ernstesten und traurigsten Liedern ist Gänsehaut inklusive, und wir dürfen uns auf ein Wechselbad der Gefühle einlassen: mit reichlich Gelegenheit zum Lachen und Weinen, Grölen und nachdenklich sein. **Das Konzert findet am Samstag, den 1. Februar, um 20 Uhr statt. Der Eintritt ist frei, wir bitten um Spenden für den Künstler.** Vor dem Konzert gibt es um 18:30 Uhr ein leckeres irisch inspiriertes Abendessen. Ich freue mich sehr auf diesen Abend – endlich einmal Irish Folk im Hier & Jetzt! Seid dazu herzlichst eingeladen. **SABINE HELMER**

Café Hier & Jetzt · Puschkinufer 3 · 16248 Oderberg
Fr · So + feiertags 12 · 19 Uhr · www.cafe-hier-und-jetzt.de
VORSCHAU: Freitag, 14. Februar, 20 Uhr: Valentins-Konzert: ERICH KÄSTNER & FROLLEIN NEUMANN. Zum Valentinstag lädt das Café Hier & Jetzt zu einem Konzert mit Frollein Neumann ein, bei dem Erich Kästner zu Wort und die Liebe zu ihrem Recht kommt. Wenn der Planet brennt und einen angesichts der Ungerechtigkeit des Lebens elefantenschwere Gefühle überfallen, dann hilft gar nix mehr. Oder doch? Unbedingt, findet Frollein Neumann und übt sich in der Kunst des Liedchenpfeifens, auch – oder gerade? – in stürmischen Zeiten. Angefangen hat sie mit vertonten Gedichten von Erich Kästner, dann kamen irgendwann eigene Worte und Gedanken dazu. Untermalt von akustischen Gitarrenmelodien, singt und erzählt die gebürtige Eberswalderin kleine und große Geschichten von der schaurigen Schönheit des Lebens – und von der Liebe in all ihrer Elefantenschwere und Federleichtigkeit. Vor dem Konzert gibt es um 18:30 Uhr ein aphrodisisches Valentinsmenü. Eintritt frei, Spenden für die Künstlerin erbeten

Samstag, 29. Februar, 20 Uhr, Konzert: Klangabend mit GÖTZ RAUSCH und seinen Klangerinstrumenten.

Vor 100 Jahren:

Gewerkschafter Wilhelm Ulm verläßt Eberswalde

In der Reichshauptstadt Berlin hatte das neue Jahr mit neuerlichem Blutvergießen begonnen. Zehntausende Arbeiter hatten am 13. Januar 1920 vor dem Berliner Reichstagsgebäude dagegen demonstriert, daß die Nationalversammlung ein Gesetz zur Knebelung der Betriebsräte annehmen wollte. Der sozialdemokratische Reichwehrminister GUSTAV NOSKE gab dem monarchistischen General WALTHER VON LÜTTWITZ den von ihm verlangten Schießbefehl. 42 Tote und 105 Verwundete wurden Opfer des Blutbades, das den Weg zur Annahme des reaktionären Betriebsrätegesetzes frei machte. In den Tagen danach gab es »wichtige Versammlungen« in ganz Deutschland, in denen die Arbeiter gegen das Gemetzel der Noske-Truppen vor dem Reichstag demonstrierten.¹

Lüttwitz, schon im Herbst 1918 vom »Rat der Volksbeauftragten« zum Oberbefehlshaber der »Vorläufigen Reichwehr« ernannt, hatte seine Qualitäten bereits bei der Niederschlagung der Novemberrevolution bewiesen. Zwei Monate später putschte er gegen seine sozialdemokratischen Gönner, um den preußischen Generallandschaftsdirektor WOLFGANG KAPP zum Reichskanzler zu machen.

Etwa zur gleichen Zeit, als der künftige Putschgeneral in Berlin Arbeiter mordete, gab es in der Eberswalder Gewerkschaftsführung einen wichtigen Wechsel. Der Gewerkschaftssekretär WILHELM ULM, der in der Novemberrevolution in Eberswalde eine wichtige Rolle gespielt hatte, verließ Eberswalde. Ulm engagierte sich im Verlauf der Novemberrevolution und auch danach immer als treuer Anhänger der Mehrheits-SPD mit FRIEDRICH EBERT und PHILIPP SCHEIDEMANN an der Spitze. Anfang Dezember 1918 stimmte er in der entscheidenden Sitzung des Eberswalder Arbeiter- und Soldatenrats für die schnelle Abhaltung der Wahlen zur Nationalversammlung, was nicht nur die Selbstentmachtung der Arbeiter- und Soldatenräte, sondern zugleich der Ebert-Scheidemann-Regierung ihre eigentliche Machtbasis entzog.²

Auch auf anderen Gewerkschaftsposten in Eberswalde gab es damals Bewegung. Belegt ist

das in der Deutschen Metall-Arbeiter-Zeitung, die damals von RICHARD MÜLLER redigiert wurde. Müller gehörte 1918 zu den führenden Vertretern der »Revolutionären Obleute«, die vor allem in Berlin Anfang November 1918 maßgeblich den revolutionären Aufstand mitorganisiert hatten.

In der Anzeige »Angestellte gesucht« heißt es: *Eberswalde. Kassierer gesucht zum 1. April. Derselbe muß mit den Kassengeschäften gut vertraut sein und Kenntnisse über die Auslegung des Statuts besitzen. Rednerische Befähigung erwünscht. Gehalt nach den Beschlüssen d. Stuttgarter Verbandstages. Bewerbung mit Angabe der bisher. Tätigkeit und selbstgeschriebenen Lebenslauf bis 25. März an M. Schrodek, Schöpferstraße 35.*³



Foto: BUNDESARCHIV, Bild 183-J0305-0600-003 / CC-BY-SA 3.0

Vom Kapp-Putsch am 13. März 1920 wußte MAX SCHRODECK (damals USPD), als er die Anzeige aufgab, noch nichts. Als die Nachrichten über den Putsch am 13. März Eberswalde erreichten, gehörte Schrodeck neben PHILIPP ZOPF und FRANZ MÜLLER zu den Führern des Widerstands im Roten Finowtal gegen den Putsch von Kapp und Lüttwitz.

GERD MARKMANN

1 – Günther Hortzschandsky u.a.: Ernst Thälmann, Eine Biographie, Dietz Verlag Berlin 1980, Bd. 1, S. 85

2 – Gerd Markmann: Rätezeit oder Nationalversammlung – Die Novemberrevolution im »Roten Finowtal« (Teil 3), in: Barnimer Bürgerpost 12/2018, S. 12

3 – Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung, Nr. 12, 20.03.1920, S. 4

Tag der Befreiung im Internet

Der Arbeitskreis 8. Mai des Bundesverbandes Deutscher West-Ost-Gesellschaften e.V. (BDWO) richtet sich seit 16. Dezember mit einer neuen Internetpräsentation an die Öffentlichkeit: AK8MAI.BDWO.DE.

Wir freuen uns über Anregungen und Hinweise. Vor allem rufen wir alle Interessierten auf, mit eigenen Texten und Fotos zu den einzelnen Themen die Internetseite anzureichern.

Bitte senden Sie uns auch Informationen darüber zu, an welchen Orten und Daten in Ihrer Region Ehrungen für ehemalige sowjeti-

sche Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, sowjetische Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge oder im Kampf im Frühjahr 1945 auf deutschem Boden gefallen und beerdigte Rotarmisten stattfinden. Welche gemeinsamen Veranstaltungen führen Sie mit befreunden Partnern aus oder in Nachfolgerepubliken der Sowjetunion anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung durch? Wir danken allen, die uns bisher unterstützten und das auch künftig vorhaben!

BRIGITTE GROßMANN und Dr. LUTZ PRIEB,
Sprecher des AK 8. Mai BDWO e.V.

Bürgerpost-Autoren 2019

Im vergangenen Jahr trugen 147 Autorinnen und Autoren zur inhaltlichen Vielfalt der »Barnimer Bürgerpost« bei, davon schrieben 58 bereits im Vorjahr Beiträge, während 89 hinzu kamen oder sich nach längerer Pause wieder zu Wort meldeten. Der Autoren-Rekord von 2017 wurde eingestellt (2018: 119, 2017: 147, 2016: 137, 2015: 105, 2014: 120, 2013: 113, 2012: 116, 2011: 97). Im einzelnen gilt unser Dank:

Gisbert Amm, Kenneth Anders, Ina Bassin, Maria Benditz, Annika Bischof, Karl-Heinz Blättermann, Doreen Boden, Aline Böttger, Helmut Braunschweig, Veronika Brodmann, Dr. Nico Conrad, Karl Diedrich, Oskar Dietterle, Karl Dietz, Dr. Wolfgang Ditting, Friedemann Ebel, Steffen Ehlert, Dr. Dagmar Enkelmann, Evelyn Freitag, Thomas Gädicke, Dieter Gadischke, Ivo Garbe, Dr. Rolf Gerlach, Prof. Dr. Hartmut Ginnow-Merkert, Norbert Glaske, Beate Gollnast, Diana Golze, Florian Görner, Jürgen Gramzow, Dr. Eckhard Groll, Brigitte Großmann, Philipp Grunwald, Martin Günther, Heiko Haase, Dr. Irina Hayek, Jan Heide, Gunnar Hemme, Clemens Herrmann, Christiane Herrmann, Götz Herrmann, Tobias Herrmann, Mascha Hess, Waldemar Hickel, Falk Hinneberg, Andrea Hoehne, Andrea Honsberg, Florian Hübner, Kai Jahns, Viktor Jede, Andrea Johlige, Julia Klemm, Delef Klix, Anette Kluth, Dr. Helmut Koch, Johanna Köhle, Andreas Köhn, Johannes Kraushaar, Anja Kreisel, Rainer Kroboth, Dagmar Kurras, Eckhard Laurich, Sascha Leeske, Christfried Lenz, Nina Lepsius, Hartmut Lindner, Kornelia Lubke, Hardy Lux, Silke Maier, Bernd Massuthe, Anja Mayer, Klaus Meißner, Dr. Marlinde Mißlitz, Elisabeth Monsig, Bernd Müller, Augusto Jone Munjunga, Torsten Neitzel, Anja Neumann, Karen Oehler, Guido Penz, Johannes Petraschek, Dr. Manfred Pfaff, Sigrun Pilz, Dr. Ulrich Pofahl, Bernd Pomraenke, Hans Rafalski, Eva Maria Rebs, Theresia Reinhold, Elke Rosch, Glenn Rossow, Otto Rubin, Kiu Sao, Franz Schandl, Mario Schlauß, Gerd Schlegel, Sebastian Schmidt, Jörg Schneidereit, Marc Schreiber, Dunja Schwarz-Fink, Harro Semmler, Peggy Siegemund, Thomas Sohn, Dr. Andreas Splanemann, Moritz Springer, Dr. Andreas Steiner, Christa Stolle, Thomas Strese, Maria Stroedter, Rolf Sydow, Ebrahim Taghavi, Dr. Rainer Thiel, Andreas Timm, Albrecht Triller, Ute Truttmann, Claudia Uhlmann, Paul Venuß, Péter Vida, Dr. Waltraud Voigt, Dr. Wolfram Völcker, Angela Wagener, Heinz Weinhausen, Annette Weiß, Sven Weller, Dr. Magdalene Westendorff, Thorsten Wirth, Marie Woida, Mirko Wolgramm, Stefan Wollenberg, Thomas Wößeng, Ringo Wrase, Jens Würzburg, Peter Zelt, Nadja Ziebarth, Carsten Zinn und Alfred Zoppelt.

Die namentlich gekennzeichneten Artikel sowie die redaktionellen Texte und Notizen summieren sich auf insgesamt 558 Beiträge, die im Jahr 2019 in unserer unabhängigen Leserzeitung erschienen. Dank gilt unserem fleißigen Korrekturkollektiv mit Kornelia Lubke, Karl Dietz und Jürgen Gramzow. An dieser Stelle könnten wir weitere Hilfe gut gebrauchen. Wer beim Korrigieren helfen möchte, melde sich bitte bei der Redaktion. Dank gilt den Mitarbeitern der Firma Grill & Frank, die wie immer zuverlässig und schnell für den Druck der »Barnimer Bürgerpost« sorgen.

Ebenfalls herzlichen Dank zollen wir unseren Verteilern, die dafür sorgen, daß unser Blättchen in die Briefkästen gelangt und den Verkaufsstellen in der Buchhandlung Mahler (Eisenbahnstr. 7), beim Globus Naturkost (Michaelisstr. 10), im Regionalladen »Krumme Gurke« (Ruhlaer Str. 1) und in der Finowfurter Bücherstube Landgraf. Ab 2020 wird die »Barnimer Bürgerpost« auch in Bernau im freien Verkauf erhältlich sein (siehe Seite 16).

Stoppt die Waffenproduktion

Stoppt die Waffenproduktion
Wie oft hörte ich diese Bitte schon
Doch den, der viele Kriege führt
Läßt diese Bitte ungerührt
Daß die Waffen auch gut funktionieren
mußi' man an den Produzenten ausprobieren
Waffenproduktion würd' es keine mehr geben
und die Menschen könnten in Frieden leben
ELISABETH MONSIG

Die Abonnentenzahl blieb stabil, mit erstmals leicht steigender Tendenz. Auch wenn wir bei der Zustellung in Bereichen ohne eigene BBP-Verteiler mit steigenden Vertriebspreisen konfrontiert sind, verfügen wir weiterhin über eine solide finanzielle Basis. Die Abopreise können somit voraussichtlich auch im Jahr 2020 auf dem seit 25 Jahren geltenden Niveau gehalten werden.

Dessen ungeachtet stehen im Jubiläumsjahr einige Entscheidungen an, wie wir mit der »Barnimer Bürgerpost« weitermachen. Unser Vereinsvorsitzender hat dazu etwas in dieser Ausgabe aufgeschrieben (Seite 2). Zunächst wird im nächsten Monat erst einmal die 300. Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« als Doppelausgabe für die Monate Februar und März erscheinen. Eine weitere Doppelausgabe ist zunächst für Juli/August geplant. Der Trägerverein wird die Zeit nutzen, über neue Ideen und Möglichkeiten ihrer Umsetzung zu diskutieren. Eine Option wäre, regelmäßig auf eine zweimonatliche Erscheinungsweise mit dann natürlich doppeltem Umfang überzugehen.

Dabei ist insbesondere Ihre Unterstützung, liebe Leserinnen und Leser, gefragt. Bringen Sie sich ein, nicht nur als Autorin oder Autor, sondern wenn möglich durch tatkräftiges Mit-tun bei der Organisation des Geschäftsbetriebs, insbesondere der Verteilung, aber auch, um den Trägerverein mit Ihren Ideen und frischer Tat-kraft zu stärken (Kontakt: vorstand@barnimer-buergerpost.de).

GERD MARKMANN,
Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespres-segesetz (BbgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung ver-pflichtet, »die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizisti-schen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens ein-mal jährlich, zu veröffentlichen«. Die folgenden Publizistischen Grundsätze der »Barnimer Bürgerpost« wurden auf der Mitgliederver-sammlung des Herausgebervereins am 25. März 1998 bestätigt:

1.

Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barni-mer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bür-ger des Kreises Barnim mitzuwirken und de-ren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern. Ange-sprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbst-bewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

2.

Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion be-schränkt sich in der Hauptsache auf das Zu-sammenstellen der Beiträge.

Der Herausgeberverein garantiert die redak-tionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte ha-ben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

3.

Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird unzensuriert und ohne Kommentar veröf-fentlicht.

Grenzen werden allein vom zur Verfügung ste-henden Platz gesetzt.

Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewalt-verherrlichende Äußerungen.

4.

Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Par-lamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei al-ler gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

5.

Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Um-welt, zur Geschichte und Kultur.

Neue BBP-Verkaufsstelle

Bernau (bbp). Ab sofort bietet Sylvia Pyrlík die »Barnimer Bürgerpost« in der renommierten Bernauer Buchhandlung »Schatzinsel« zum Verkauf an. Die Buchhandlung bietet nach ihrem Credo Schätze für den Geist und Schätze für die Seele. Da paßt doch unser Monatsblatt gut mit hinein.

Der Laden würde sich auch zum Abholen bestellter Kaufexemplare im Abonnement eignen, da unser Verteildienst in Bernau und Umgebung nur kleine Bereiche erfaßt.

Neue Buchhandlung Schatzinsel

Alte Goethe-Str. 2 · 16321 Bernau

Tel: (0 33 38) 76 19 91 · eMail: info@schatzinsel-bernaue.de

http://www.host-be.de/schatz/

Öffnungszeiten: Mo - Fr 9-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr

Stilles Gedenken

Eberswalde (prest-ew/bbp). Am Montag, dem 27. Januar, wird auch in Eberswalde an die Opfer des Holocaust erinnert. Um 10 Uhr findet eine Kranzniederlegung am Denkmal für die Opfer des Faschismus auf dem Karl-Marx-Platz statt. Der Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz wurde 1996 auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog zum offiziellen BRD-Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus ernannt. Seither werden am 27. Januar Kränze niederlegt und an Vergangenes und an die Opfer gedacht. Auch in Eberswalde wird seit vielen Jahren zum stillen Gedenken aufgerufen.

Das BBP-Geschenk-Abo

Auf Anregung unseres Lesers SVEN WELLER aus Finowfurt gibt es die Möglichkeit, daß Sie, liebe Leserinnen und Leser, Ihre Freunde, Bekannten und Verwandten oder auch gemeinnützige Einrichtungen, Pflegeheime, Arztpraxen und so weiter, mit einem Geschenk-Abo der »Barnimer Bürgerpost« beglücken können. Sven Weller hat die Idee bereits für verschiedene Altenheime erfolgreich umgesetzt.

Wir würden uns freuen, wenn Sie seine Initiative aufgreifen und entsprechend Ihren Möglichkeiten ebenfalls mit einem Geschenk-Abo für Adressaten Ihrer Wahl für die Verbreitung der »Barnimer Bürgerpost« und damit zugleich auch zur Sicherung der wirtschaftlichen Grundlage der BBP beitragen würden.

BBP-Redaktion

Das Gegenteil von Vielfalt ist Einfach. Wer das eine verhindert, wird sich mit dem anderen begnügen müssen.

STEFFEN MENSCHING
(Junge Welt, 26./27.10.2019)

Rentensprechstunde

Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen. Die Sprechstunden finden einmal monatlich im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde jeweils von 10 bis 12 Uhr statt. Der nächste Termin ist am 12. Februar 2020. **ANDREA HOEHNE**

»Schleusenkrug« vakant

Eberswalde (bbp). Für die kommende Saison sucht der Familiengarten Eberswalde einen neuen Betreiber für die gastronomische Versorgung der Gäste im »Schleusenkrug« und einer Nebenstelle auf dem Gelände des Familiengartens. »Der 17 Hektar große Familiengarten lockt jährlich von April bis Oktober etwa 110.000 Besucher aller Altersklassen an. Die Gäste kehren sehr gerne im Schleusenkrug ein, um einen Imbiß, erfrischende Getränke, Kaffee und Kuchen oder Eis zu sich zu nehmen«, heißt es in einer Pressemitteilung der Stadtverwaltung. Warum der bisherige Betreiber das Geschäft aufgibt, wurde nicht kommuniziert. Nähere Informationen auf www.eberswalde.de/ausschreibungen.

www.maxe-eberswalde.de

Museum neu im Internet

Eberswalde (prest-ew). Informativ, aktuell und im modernen Design, so präsentiert sich das städtische Museum Eberswalde auf der neuen Webseite unter www.museum-eberswalde.de. Kultur- und Geschichtsinteressierte können ab sofort alle wichtigen Informationen wie zum Beispiel Öffnungszeiten, aktuelle Veranstaltungen- sowie Ausstellungsangebote online abrufen. Zudem lädt ein digitaler Rundgang mit 360° Aufnahmen dazu ein, die barrierefreie Dauerausstellung zur Stadt- und Regionalgeschichte digital zu erkunden. Das Team um Museumsleiterin Birgit Klitzke freut sich über ein neues attraktives Angebot für die Eberswalder/innen und für Gäste der Stadt.

Die Webseite entstand in Zusammenarbeit mit Danny Baron (xuxmedia) mit dem Anliegen, das Museum Eberswalde über die Stadtgrenzen hinaus bekannter zu machen und künftig noch mehr Gäste in das Baudenkmal Adler-Apotheke anzulocken.

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

drucker: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 15. Januar 2020

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 19. Februar 2020.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über einen Postzustelldienst wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Geschenkabon für:

Name und Anschrift

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)